Historische Tatsachen Nr. 61

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich -- I. Teil

"Die Suche nach einem guten Ausweg" -- So sah die Zeitschrift ***St. Louis Globe***, U.S.A. am 4. Februar 1933 die Lage in Deutschland: Unmöglich, geradezu lächerlich erscheine es, daß Adolf Hitler das widerspenstige Pferd Deutschland reiten könne. Dies war nicht nur Meinung einer Zeitungsredaktion in den USA, sondern weltweit verbreitete Auffassung aller Versailler Siegermächte einschließlich der Bolschewisten.

Ausgerechnet in dieser Situation erklärten internationale jüdische Organisationen Deutschland am 24. März 1933 den Krieg, anstatt ihrerseits -- der Humanität und Zivilisation wegen! -- zur Überwindung von Bürgerkrieg und Wirtschaftschaos beizutragen. Der am 23. März 1933 gefällte Beschluß zu dieser, von ***Daily Express*** in London veröffentlichten Kriegserklärung wurde in New York von einer *"gigantic anti-Nazi parade"* begleitet. Diesem vom Verband der **Jewish War Veterans** veranstalteten Aufmarsch alter Kämpfer sollen etwa 1 Millionen Menschen beigewohnt haben.*)

Das alles läßt sich nicht von heute auf morgen organisieren. Der Zeitpunkt einer beabsichtigten Kriegführung gegen Deutschland ist somit noch erheblich früher anzusetzen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß er bereits auf den 30. Januar 1933 fällt, *"als die Juden der Welt nicht gezögert haben, den Boykott Deutschlands in Gang zu setzen."* **)

Wie synchron diese Maßnahmen mit maßgebenden Politikern abgestimmt worden waren, mag ein Auftritt Sir Austen Chamberlains am 13.4.1933 im britischen Unterhaus dartun:

"Europa ist bedroht und Deutschland ist befallen von diesem engstirnigen, ausgesprochen aggressiven Geist, demzufolge es ein Verbrechen ist, für den Frieden oder Jude zu sein. Dieses ist nicht ein Deutschland, dem wir Konzessionen machen können. Das ist nicht ein Deutschland, dem wir die Gleichberechtigung gewähren können ..." ***)

A Good Way To Find out



*) Gloria R. Mosesson, "The Jewish War Veterans Story", Washington D.C. 1971, S. 46 - 47.

**) Vgl. *HT* Nr. 54, S. 16.

***) Samuel Untermeyer, "Nazis against the World -- The Counter-Boykott is the only Defensive Weapon against Hitlerism's World-Threat to Civilisation", New York 1934, S. 11.

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich -- I. Teil

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

"Das Wort Endlösung gab's damals noch nicht einmal"

"Wenn der vorzügliche Historiker Raul Hilberg fragt:

'Warum gab's kein Kapitel Endlösung im IMT-Prozeß?' (August 1945 - Oktober 1946)

antworte ich:

'Das Wort Endlösung gab's damals noch nicht einmal. Es gab die Toten, es gab Befehle vom Reichssicherheitshauptamt, es gab verschwommen die Einsatzgruppen, nur am Rande, soweit die Chefs, wie ein Herr Ohlendorf, das ein bißchen erzählten.' "

Robert M.W. Kempner, "Ankläger einer Epoche: Lebenserinnerungen", Frankfurt/M - Berlin, Ullstein Verlag 1986, S. 311.

Offenbar notwendige Mentalität
zur Erlangung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels?

Siegfried Lenz am 9. Okt. 1988 in der Paulskirche zu Frankfurt/M:

"... Wir haben in jüngster Zeit eine Auseinandersetzung über deutsche Geschichte erlebt, die unter dem Begriff »Historikerstreit« Aufmerksamkeit in der ganzen Welt fand. Bestürzt nahmen wir das Bemühen akademischer Lehrer zur Kenntnis, Auschwitz, also dem industrialisierten Mord an Millionen, seine Singularität abzusprechen, ja es »verstehbar« zu machen. Auf Stalins Archipel Gulag verweisend, in dem bereits zuvor Millionen den Tod fanden, wollte man uns glauben machen, daß Hitler hierin sein Beispiel gefunden habe. Schroff verkürzt, wurde uns das Fazit nahegelegt: Ohne Archipel Gulag kein Auschwitz. Noch erschrocken über diese Schlußfolgerung, erfuhren wir, daß es nunmehr an der Zeit sei, auch die Geschichte des »Dritten Reiches« zu historisieren, seine Taten und Untaten zu entemotionalisieren. ...

Ich danke dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Zuerkennung dieser hohen Auszeichnung. Ich danke Yohanan Meroz, der aus **Jerusalem, unser aller Hauptstadt,** *zu uns gekommen ist, für den freundlichen Zuspruch. ..."*

Presseinformation, Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.

Bücherverbrennung

"Vor einiger Zeit drangen Einheiten der israelischen Besatzungsmacht in die Universität Hebron ein und führten Durchsuchungen und Verhaftungen durch. Was als reguläre polizeiliche Unterdrückungsaktion, die zur täglichen Routine der Besetzung gehört, begann, endete in einem ekelhaften und schockierenden barbarischen Akt: der Verbrennung von Hunderten von Büchern aus der Bibliothek der Universität. ...

Sie haben alles verbrannt, was auf Arabisch gedruckt war. Sie haben Gebetbücher verbrannt, wo doch ausgerechnet wir gegenüber Gebetbüchern etwas sensibler sein müßten. ...

Welche Ironie ist es doch, daß sich unter den Hunderten von Büchern auch solche befanden, in denen die Friedenspläne verschiedener Israelis aus dem Hebräischen ins Arabische übersetzt worden waren."

SemitTimes, Dreieich, 1992 Nr. 3, S. 30.

ISSN 0176 - 4144

Druck: Kölle Druck, D 32361 Pr. Oldendorf

Die Not des Volkes setzte 1933 die Maßstäbe

Eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung der NS-Judenpolitik ist auf 40 Seiten wie in dem vorliegenden Heft nicht möglich. Der Versuch müßte in Allgemeinplätzen, Pauschalisierungen und Ungenauigkeiten ausmünden. Allein die "Reichskristallnacht" vom 9.11.1938 ist ein Buchthema für sich. Unzählige Spruchkammerverfahren und Prozesse sind zu dem anstehenden Themenkomplex geführt worden. Keinem Historiker ist es möglich, sie alle zu kennen und zu verwerten, zumal ihm auch Akteneinsicht und damit ein Überblick über das Zustandekommen von tatsächlichen oder vermeintlichen dort gewonnenen Erkenntnissen verwehrt bleibt. Zwar sind Gesetzes- und Verordnungstexte, Presseberichte aus damaliger Zeit zugänglich, auch zahllose Dokumente des Schriftverkehrs der Partei und der Behörden, doch gibt es auch gravierende Lücken und Fälschungen im dokumentarischen Nachweisbereich, so daß auch heute noch eine endgültige Beantwortung drängender Fragen vielfach offen bleibt.

Fest steht jedoch, daß der Nationalsozialismus ein völkisches Aufbäumen gegen eine vom international organisierten Judentum in Deutschland (mit-)gesteuerte Politik gewesen ist, die darauf abzielte, die Souveränität Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg nicht wieder zuzulassen,[1] und dabei das deutsche Volk -- gewollt oder ungewollt -- in Wirtschaftschaos und bürgerkriegsähnliche Zustände mit ausweglos erscheinender Anarchie geführt hatte. Schon auf der Versailler Friedenskonferenz war das Comité des Délegations Juives mit dem Anspruch aufgetreten, als grenzübergreifende »Nation« für 10 Millionen verstreut lebende Juden zu sprechen und daher ein Recht zu haben, über das Schicksal der europäischen Völker mitzubestimmen.[1] Waren das nun Kriegsteilnehmer oder keine, die auf der alliierten Friedenskonferenz Mitspracherecht beanspruchten und es bewilligt bekamen? Entsprachen ihre Forderungen haßerfüllter Kriegsfortsetzungsabsicht oder friedensbemühten Humanitätsanliegen? Allein die Einmischung in innerdeutsche Belange zum Zeitpunkt militärischer und politischer Ohnmacht des deutschen Volkes setzte den Beginn für die gesamte nachfolgende Entwicklung!

Ihre vom Versailler "Friedensvertrag" hergeleiteten Herrschaftselemente waren denkbar einfach: Kraft militärischen Sieges im besiegten Land erzwungene Beseitigung der konstitutionellen Monarchie, dafür "Demokratisierung", Mehrparteien-Struktur, gestützt nicht auf den Willen des deutschen Volkes, sondern auf die Forderungen der Siegermächte. So wurde der Einfluß auf die "veröffentlichte Meinung", Personalpolitik, Verwaltung, Wirtschaft, Grenzen bis zum "Konsens der Nachbarn" verankert. Der französische Ministerpräsident Clemenceau drückte es vielsagend mit den Worten aus:

"Wir werden den Deutschen die Demokratie verpassen."[2]

Hierbei verheimlichte er indessen der Welt, daß es auch schon vorher in Deutschland ein Mehrparteien-System, also eine Demokratie, wenn auch -- ähnlich wie in Großbritannien noch heute -- im Rahmen einer durch Verfassungsbestimmungen eingeschränkten (konstitutionellen) Monarchie gegeben hatte. Demokratie und Demokratie ist offenbar nicht dasselbe. Sorge getragen war indessen dafür -- wie dies auch in ihren eigenen Ländern gehandhabt zu werden pflegt --, daß die "Hauptdarsteller" für die vorhandenen (erlaubten, zugelassenen, geduldeten) Parteien von einer kleinen Gruppe geheimgehaltener Zirkel lange vor dem Wahltag ausgesucht und mit anhaltendem Echo der "veröffentlichten Meinung" hochgelobt wurden, *"so daß das Risiko gleich null ist"*.[3]

D.h. es bleibt in solchen Fällen gleich, welche jener Parteien dann den Wahlkampf gewinnen sollte. Die Füh-

---

PHI-Pressedienst, Tel Aviv, 20.12.1992:

Aus Israel ausgewiesen

"Die Eheleute Gary und Shirley Beresford verloren einen 5jährigen Kampf vor den Gerichten Israels zur Erlangung einer Daueraufenthaltsgenehmigung.

Beide Eheleute sind jüdischer Abstammung, jedoch christlichen Glaubens. Das oberste Gericht Israels erklärte, daß sie durch den Abfall von ihrem Glauben keine Juden mehr wären und das Land innerhalb von 4 Monaten zu verlassen hätten."

(vgl. auch ***Unabhängige Nachrichten*** 2/1993, S. 12.)

---

1) World Jewish Congress (Hrsg.), "unity in dispersion -- a history of the world jewish congress", New York 1948, S. 26.

2) Peter Kleist, "Wer ist Willy Brandt?", Hannover 1970, S. 24.

3) Curtis B. Dall, "Amerikas Kriegspolitik -- Roosevelt und seine Hintermänner", Tübingen 1972, S. 34.

rungskräfte der grenzübergreifenden Organisationen setzen unter solchen Voraussetzungen in jedem Fall ihren Willen konsequent durch.

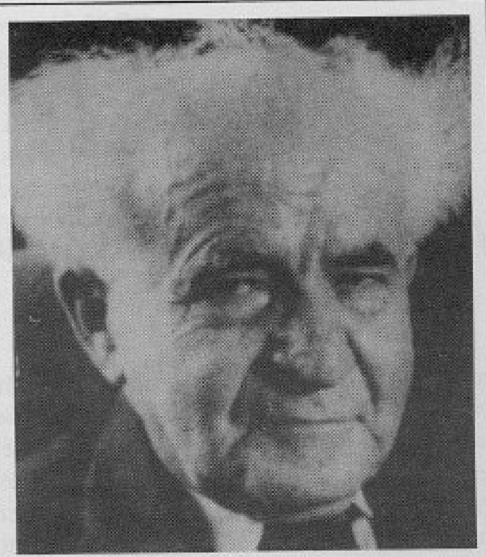
Adolf Hitler als erster und bisher einziger Parteipolitiker hat diesen Kräften einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Er ließ seine Partei nicht in diesem Maße wie bisher üblich unterwandern und stellte sich dem Wähler als unabhängige national-politische Alternative. Dies war in Wirklichkeit der Grund, der ihm schon während der "Systemzeit" die Todfeindschaft jener Kräfte eintrug, denen er die geheim eingeführten Beherrschungsmittel über das deutsche Volk mit Hilfe des demokratischen Stimmzettels entwand.

Die Weimarer Republik war um die Jahreswende 1932/33 wirtschaftlich und politisch am Ende. Ein weiteres Lavieren mit Notverordnungen des Reichspräsidenten gegen die Stimmenmehrheit der Parteien bzw. des Volkes konnte das bereits vorhandene Bürgerkriegschaos und Wirtschaftselend nur verschlimmern, -- unerträglich war es lange schon. Allerdings war dieses absolute Tief nicht deshalb erreicht, weil böse nationale Deutsche sich so "extremistisch radikal" aufführten, sondern weil ganz andere Kräfte seit 1918/1919 den Weimarer Staat langfristig zerstört haben. Und diese Kräfte saßen hauptsächlich im Ausland und wirkten von dort nach Deutschland hinein, teils über sichtbare, teils über unsichtbare Kanäle. Sie bedienten sich rücksichtsloser "extremistisch radikaler" Mittel, und zwar bereits bevor ein Adolf Hitler aufstand und sich dagegen zu wehren begann. Er war praktisch ein Ergebnis ihres Handelns!

Ein Durchsetzen auf diesem Kampffeld bedurfte gleichartiger Mittel, -- allein diese konnten erfolgversprechend sein! Das Neue Testament oder bürgerliche Gesetzbuch hätte da nicht weitergeholfen. Man kann nicht SA, SS, NS-Betriebszellenorganisation und dergl., die erst als Reaktion auf die innenpolitischen Kampfmethoden der Gegner von links und Mitte entstanden und sogar zwecks Erhaltung demokratischer Freiheitsrechte erzwungen worden sind, verurteilen, während man Rotfrontkämpferbund, Reichsbanner (schwarz-rot-gold, SPD) und analoge Organisationen, die bereits seit dem Umsturz 1918/1919 Feld und Straße für sich allein in Anspruch nahmen, unberücksichtigt läßt.

Dennoch wurde vor allem die Auslands-Steuerung des Staates für Weimar zum Verhängnis. Man redete von Demokratie, als ob das deutsche Volk zu entscheiden hätte, doch hatte man diesem Volk die Fesseln der Versailler Diskriminierungs- und Erpressungsbedingungen angelegt, verfügte über lebenswichtige Teile seines Landes, seiner Wirtschaft, Patente und Reichtümer, aber auch über Millionen, fremden Völkern ausgelieferte Volksdeutsche. Damit haben die Sieger des Ersten Weltkrieges dem deutschen Volk nicht nur die Lebensfähigkeit abgedrosselt, sondern auch personalpolitisch Fremdherrschaft oktroyiert, um dessen Souveränität zu vereiteln.[1)]

Spotlight, Washington, 4.10.1993



DAVID BEN-GURION
. . . "When a Jew in America . . . speaks of 'our government' . . . he usually means the government of Israel."

Die Mitte 1922 einsetzende und kurz darauf galloppierende **Inflation** hat eine bis dahin nie für möglich gehaltene Besitzumschichtung in Deutschland zugunsten der Dollar-Internationalisten gebracht, die die schauerlichen Konsequenzen des Versailler "Vertrages" noch in weitere Elendsdimensionen für das deutsche Volk steigerte. Definiert der eine jenes Geschehen als *"systematische Enteignung des deutschen Mittelstandes -- es war eine der größten Räubereien der Weltgeschichte"*[4)] --, so der andere wie folgt:

"In der Weimarer Republik kostete ein Dollar am 1. Januar 1923 amtlich 7.260 Reichsmark. Im Juli stand er auf 160.000, und als ich am 1. Oktober in Berlin eintraf, lautete die Dollarnotierung 242 Millionen. Als ich am 10. Oktober Berlin verließ, kostete ein Dollar 3 Milliarden Mark, und das war bekanntlich keineswegs sein höchster Preis: Am 20. November 1923 betrug er 4,2 Billionen Mark. Dies war auch der Umtauschkurs für Reichsmark in Rentenmark = 4.200 Milliarden Reichsmark ergaben eine neue Mark. Natürlich hatte die Reichsdruckerei all dieses Papiergeld alleine nicht herstellen können. Wie sämtliche Lohndruckereien mußten die Zeitungsrotationsmaschinen eingesetzt werden, und abgesehen von den für das Notgeld der Behörden und der großen Konzerne tätigen spien im Oktober 1923 Tag und Nacht 1.723 Druckmaschinen Reichsbanknoten aus. Mehr Banknoten als im November 1923 konnten nicht gedruckt werden, weil nun die Kapazität aller deutschen Papierfabriken voll ausgenutzt war.

Daß diese Inflation ungeheure Gewinne ermöglichte, ist klar und ebenso, daß Millionen und Abermillionen Deutsche ihre Ersparnisse verloren, zahllose Pensionisten und andere alte Leute buchstäblich verhungerten und vor allem der deutsche Mittelstand total enteignet wurde, der das der Republik nie vergaß. Denn die Reichsbank und die Reichsregierung taten so gut wie nichts, um die Inflation zu stoppen."[5)]

Während der deutsche Mittelstand *"systematisch enteignet"* wurde, konnte Nahum Goldmann als langjähriger Präsident des Jüdischen Weltkongresses rückblickend schreiben:

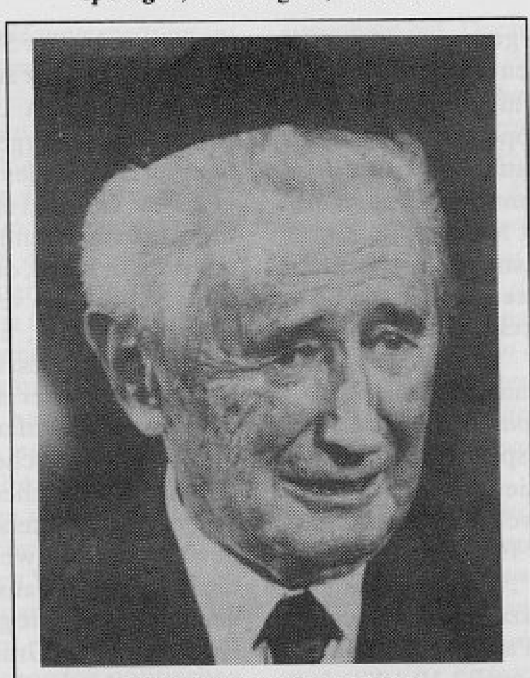
"Das deutsche Judentum hatte im Zeitalter der Emanzipation, d.h. in der 2. Hälfte des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts, einen meteorhaften Aufstieg genommen. ... Es hatte an dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg des kaiserlichen Deutschland vollen Anteil genommen, viel zu demselben beigetragen und sich eine angesehene Stellung

4) Arthur Rosenberg, "Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik", Frankfurt/M 1955, S. 399.

5) Rudolf Pörtner, "Alltag in der Weimarer Republik", München 1993, S. 117.

in der deutschen Wirtschaft erobert. Von der wirtschaftlichen Position her gesehen, konnte sich keine jüdische Minderheit in anderen Ländern, ja nicht einmal die amerikanische, mit den deutschen Juden messen. Sie waren mitführend in den Großbanken, wofür es nirgends eine Parallele gab, und durch die Hochfinanz waren sie auch in die Industrie eingedrungen. Ein erheblicher Teil des Großhandels lag in ihren Händen und selbst in Wirtschaftszweigen, die sich sonst kaum in jüdischem Besitz befinden, wie Schiffahrt oder Elektroindustrie, waren sie in Deutschland führend. Namen wie Ballin oder Rathenau bezeugen das. Ich kenne kaum ein emanzipiertes Judentum, weder in Europa noch auf dem amerikanischen Kontinent, das so tief in der allgemeinen Ökonomie des Landes verwurzelt gewesen wäre wie das deutsche. Die heutigen amerikanischen Juden sind zwar sowohl absolut wie relativ reicher als es die deutschen Juden waren, aber selbst in Amerika mit seinen unbegrenzten Möglichkeiten ist es ihnen nicht gelungen, in dem gleichen Maße in die zentralen Sphären der Wirtschaft (Stahl, Eisen, Schwerindustrie, Hochfinanz, Schiffahrt) einzudringen, wie dies in Deutschland der Fall gewesen war.

Auch ihre Stellung im Geistesleben des Landes war beinahe einzigartig. In der Literatur waren sie durch glänzende Namen vertreten. Das Theater lag zu einem erheblichen Teil in ihren Händen. Die Tagespresse, vor allem ihr international einflußreicher Sektor, war weitgehend in jüdischem Besitz oder wurde journalistisch von Juden geleitet." [6)]



NAHUM GOLDMAN
. . . Challenged Jews to declare they entertain a double loyalty.

Von dem **politischen** Einfluß seiner Leute in der Weimarer Republik (schließlich war der genannte Walter Rathenau Reichsaußenminister!) schwieg Nahum Goldmann aus wohlbedachten Gründen.

Der in der deutschen zionistischen Bewegung maßgeblich tätige Richard Lichtheim, über dessen üble Tätigkeit während des Krieges von Bern aus wir bereits berichteten (*"Lassen Sie Ihre Fantasie walten, mein Freund!"*),[7)] skizzierte nach dem Zweiten Weltkrieg die damalige Lage so:

"Sie (die große Mehrheit der deutschen Juden) konnte nunmehr (in der Weimarer Republik) höhere Richter und Beamte werden, was sogar einige deutsche Zionisten dazu verlockte, wichtige Regierungsposten anzunehmen. Der Ministerialdirektor Badt im Innenministerium, der ehemalige Journalist Hans Goslar als Pressechef der preußischen Regierung widersprachen der von Blumenfeld vertretenen Ansicht, daß Zionisten sich unter allen Umständen davor hüten sollten, derartige exponierte Stellungen zu bekleiden. Im Berliner Polizeipräsidium saß der vorzügliche Zionist Conrad Kaiser als Chef einer der 5 Abteilungen, und viele andere jüdische Juristen -- Zionisten und Nichtzionisten -- erlangten in der Verwaltung und im Justizdienst Ämter, die ihnen früher nicht zugänglich gewesen waren. Die jüdischen Ärzte und Anwälte verdienten im Durchschnitt recht gut, die Kaufleute und Industriellen machten im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands ebenfalls lohnende Geschäfte. Wer mochte da an Auswanderung denken oder gar an Auswanderung nach Palästina? ...

Zur Zeit der Weimarer Republik war es den deutschen Juden und auch den zahlreichen nach dem Kriege zugewanderten osteuropäischen Juden recht gut gegangen, obwohl die Wirtschaftskrisen von 1929 - 1932, die in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von Millionenmassen erzeugten, auch die ärmeren Schichten der deutschen Juden erfaßten ... Im Großen und Ganzen fühlten sich daher die deutschen Juden in der Weimarer Republik sehr wohl und widerstrebten ... dem vom Zionismus geforderten Bekenntnis zum Nationaljudentum." [8)]

Von Gewinnen oder Verlusten aus der Inflationsära 1922/1923 schrieb Lichtheim nichts.

Dabei war die verzweifelte Lage Deutschlands in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre allerorten sichtbar. Hierbei bleibt eindrucksvoll, daß ausgerechnet damals elitäre Leute mit ihren internationalen Verbindungen den Begriff von den "goldenen zwanziger Jahren" geprägt haben.

Selbst der Bundesvorsitzende des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Hauptmann Dr. Löwenstein, wies in seiner Verbandszeitschrift ***Der Schild*** vom 12.11.1933, den Vorwurf der Zionisten abwehrend, die meisten Juden in Deutschland seien »Assimilanten«, zurück:

"Verhängnisvoll war die Tatsache, daß ausgerechnet Juden, die sich national nicht als Deutsche fühlten, sondern die von sich selber erklärten, daß sie nationale Juden seien, Staatsämter (in Deutschland) bekleidet haben." [9)]

Nun ist es Tatbestand -- der Bedeutung wegen sei dies hier absichtlich wiederholt --, daß sich von allen diesen Einflüssen der siegreichen Imperialstaaten eine besonders miteinander verbundene Gruppe von Menschen mit internationalem Engagement bei diesen strategischen Aktionen besonders hervorgetan hat: sogar ohne Kriegspartei im Ersten Weltkrieg gewesen zu sein, hatte sie sich am Friedenskonferenztisch in Versailles 1919 eingefunden,

---

6) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 115 - 116.

7) Vgl. *HT* Nr. 15, S. 36 - 37.

8) Richard Lichtheim, "Die Geschichte des deutschen Zionismus", Jerusalem 1958, S. 242 - 243 + 254 - 255.

9) Herbert Freeden, "Die jüdische Presse im Dritten Reich", jüd. Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M 1987, S. 61 + 60.

***Staatsbürger jüdischen Glaubens**, der Hauptrepräsentant des deutschen Judentums, stand im Kampf gegen die NS-DAP **in der vordersten Front**."* [14]

Dies wird auch von anderen Autoren bestätigt, die den jüdischen Aktivismus in der Weimarer Zeit indes stets als "Abwehr" zu charakterisieren belieben. Insofern erscheint solches Argumentieren polemisch und unsachlich, als diese "Abwehr"-Strategen seit 1918 die Vertreter der staatstragenden Kräfte waren, gegen deren Erfüllungspolitik für fremdvölkischen Willen in Ost (Bolschewismus) und West (Versailler Sieger) sich allenfalls das besiegte und in wirtschaftliches Elend gestürzte nationale Deutschland zu erwehren hatte. Wer also hat diesen Kampf begonnen? Jene, die seit 1918/1919 jegliche nationalen Regungen in Deutschland -- mit Hilfe revolutionär gewonnener Staatsmacht von Anfang an, zudem *"militant"*! -- bekämpften, oder jene, die eine solche Politik als Verrat an den Lebensinteressen des deutschen Volkes erkannten und deren Rädelsführer beim Namen nannten und auf ihre Taten verwiesen? Dies funktioniert doch heute noch genauso! Wer nur wagt, den tonangebenden politischen Kräften wirksam zu widersprechen, wird doch sofort, zumindest sobald eine gewisse Schwelle im Bekanntheitsgrad erreicht ist, mit übelsten Diffamierungskanonaden von allen Seiten eingedeckt, kriminalisiert und in seiner Existenz gefährdet, wenn nicht ruiniert.

Und wenn nachfolgend jene "Abwehr"-Strategen auf jüdische "Propaganda" als politische Kampfmittel verweisen, so wird damit der Eindruck eines für eine Demokratie legitimen Engagements erweckt. Nicht angesprochen werden hierbei jedoch die erheblichen, ja grundsätzlichen Unterschiede zwischen einer Propaganda,

❶ die sich als wahrheitsgemäße Aufklärung versteht, Lüge und Verleumdung bekämpft -- eine solche wurde im nationalen Deutschland von 1918 bis Ende des Krieges 1945 betrieben! --,

❷ und einer solchen, in der Lüge, Verleumdung, Diffamierung, Betrug, Zersetzung in jedweder Form und Schwergewichtigkeit zu den Grundlinien gehört und deren Ziel nicht die Durchsetzung von Wahrheit, Recht und Humanität, sondern ausschließlich die Vernichtung des auserkorenen Gegners um jeden Preis ist.

Dieser letzteren Art der Propaganda indessen bedienten sich sowohl die Kommunisten als auch weitgehend die Machthabenden in der Weimarer Republik, die ihre Bindungen in den westlichen Siegerländern hatten und diese vorrangig vor den Interessen des deutschen Volkes erachteten.

Wenn dann verharmlosend von einer *"getarnten"* Propaganda gesprochen wird, so legen doch die nachweisbaren Pamphlete, Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher, sogar schon Bildfälschungen und "amtliche Sprachregelungen" (die Rundfunkagitation mit staatlichem Monopol nicht zu vergessen!) Zeugnis davon ab, daß bereits während der Weimarer Republik gemeinsam mit internationalen Organisationen jene Art von Propaganda betrieben worden ist, die später Sefton Delmer beim richtigen Namen genannt und freilich noch intensiv ausgebaut hat. Doch mögen jüdische Historiker selbst zu Wort kommen:

*"In den kritischen Jahren **1928 bis 1933**[15] stand die enge Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften der deutschen Sozialdemokratie im Vordergrund, die **von Anfang an den schärfsten Kampf gegen den Nazismus** gefordert hatten und selbst energisch und aktiv gegen die Nazis aufgetreten waren. Organisatorisch ist besonders die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hervorzuheben, einer überparteilichen republikanischen Schutzformation, in der angesichts der lauen Haltung der anderen Demokraten die SPD die führende Rolle spielte. ...*

Seine parteipolitische Neutralität erlaubte somit der jüdischen Organisation die Teilnahme an der Anti-Nazipropaganda. ...

*Das Resultat dieser neuen Strategie war **ein bereits im Jahre 1929 einsetzender massiver Propagandafeldzug gegen den Nazismus**, von dem bis in die 60er Jahre hinein weitgehend unbekannt geblieben ist, daß er im Grund **von jüdischer Seite lanciert** wurde und hauptsächlich vom C.V. ausging. Die Tatsachen können als hinlänglich bekannt gelten, denn sie sind ausführlich publiziert worden. ...*

*Die **Tarnung dieser Aktivitäten** war aus taktischen Gründen geboten. Anonyme und parteipolitisch neutrale Propaganda gegen den Nazismus war schon früher vom C.V. ausgestreut worden. ...*

Die 1929 -- bereits 12 Monate vor dem Triumph der NSDAP in den Septemberwahlen von 1930 -- errichtete getarnte Propagandastelle ist in die Geschichte unter dem Namen »Büro Wilhelmstraße« eingegangen.

*Nach dem Wahlsieg der Nazis wurde sie von den republikanischen Parteien nicht mehr ignoriert und versorgte deren Propaganda-Apparate mit Aufklärungsmaterial über die NSDAP und mit Gegenpropaganda. **Es läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß ein ganz erheblicher Teil der als republikanisch identifizierbaren Wahl- und Abwehrpropaganda gegen den Faschismus letztendlich aus dieser Quelle stammte oder jedenfalls auf der Vorarbeit des »Büro Wilhelmstraße« beruht haben muß. ...***

*Der C.V. sah allerdings mit Zweckoptimismus auch dort **Zersetzungsprozesse**, wo höchstens Ansätze dazu vorhanden waren, und überschätzte mit einer gewissen Naivität die ständigen Palastrevolutionen in der NSDAP. Deshalb suchte er Verbindungen zu nationalsozialistischen Renegaten einschließlich des Strasserflügels. **Alles, was die Partei zu spalten versprach, wurde als nützlich betrachtet und zuweilen auch mitfinanziert**, was gewiß gänzlich 'au fond perdu' war. ..."* [16]

In Wirklichkeit aber wurde dieser ***"schärfste Kampf bereits seit 1928/1929 getarnt"***, im geheimen mittels *"Propaganda, Zersetzung"* -- viele Kampfmethoden blieben ungenannt -- praktiziert![16] Im übrigen war ja zur Genüge bekannt, in welchen Parteien und Organisationen, angefangen von den Kommunisten bis zur SPD, Gewerkschaften und Monopolen der Presse, Kulturbranchen und Verwaltungen in Verbindung mit geheim arbeitenden Mittelsmännern des "interessierten" Auslandes

14) Prof. Dr. Klaus J. Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", aaO. S. 145.

15) fette Kennzeichnung jeweils durch uns.

16) Herbert Strauß / Norbert Kampe, "Antisemitismus -- Von der Judenfeindschaft zum Holocaust", Frankfurt/M - New York 1985, S. 157 - 161.

ihre weitgehend gleichgerichtete Zusammenarbeit zur Wehrloserhaltung des deutschen Volkes vor sich ging. Und *"viele Genossen jüdischer Herkunft nahmen"* auch noch nach 1933 *"in allen Teilen Deutschlands am Widerstand teil"*.[17)]

Diese Vorgeschichte zu kennen ist unerläßlich, will man spätere Entwicklungen und Rückwirkungen sachgerecht bewerten. Es gibt keinerlei Völkerrechtsgrundsätze, die fremdbestimmten völkischen Minderheiten das Recht einräumen, die Politik, d.h. die Existenzfragen großer Völker, in denen sie leben, zu gestalten oder mitzugestalten, *schon gar nicht "getarnt, militant und mittels Zersetzungsprozessen"*.

Wie würde sich wohl eine israelische Regierung verhalten haben, wenn eine deutsche Minderheit in Palästina -- man denke z.B. an die Palästinadeutschen --, *"getarnte Propaganda und Zersetzungsprozesse"* ausgerechnet gegen eine Partei in Israel betrieben hätte, die sich mit Nachdruck für die Lebensinteressen der jüdischen Bevölkerung einsetzt? Die Antwort hierauf können wir uns ersparen, zumal gut bekannt ist, daß die Palästinadeutschen -- die Religionsgemeinschaft »Tempelgesellschaft« --, die sich in keiner Weise politisch betätigt hatten, bereits Jahre vor Gründung des Staates Israel terrorisiert, vielfach ermordet, schließlich enteignet und vertrieben wurden.[18)]

Die jüdische Kriegserklärung vom 24. März 1933[19)]

Eine Behebung der Not des Volkes, ein Zurückführen zu nationaler Würde und Selbstbestimmung konnte an den vorgenannten Sachverhalten nicht vorbeigehen. Doch wer bestimmt in solchen Situationen, was Recht, was Moral ist? Zweifellos kann ein Volk, das sich mit demokratischen Mitteln eine Mehrheit erkämpft hat, ein solches Recht auf Würde und Eigenständigkeit für sich in Anspruch nehmen!

Für Deutschland lag im Jahre 1933 die Tragik in

a) den außerordentlich langwierigen und auf Leben und Tod eskalierten parteipolitischen Gegensätzen,

b) der internationalen Verzahnung der seit Versailles 1919 gegen Deutschland intakt gebliebenen Kampffront unter zusätzlicher Eingliederung des auf gewaltsame Eroberung Europas ausgerichteten Bolschewismus,

c) der seit Machtübernahme des Nationalsozialismus am 30.1.1933 in allen an den Versailler Regelungen interessiert gebliebenen ausländischen, sogar fremdkontinentalen Mächten sofort verstärkt einsetzenden weltumspannend koordinierten Bekämpfungsstrategien gegen das nunmehr neue Deutschland.

Diese Kombination von Einwirkungen führte in Berlin aus Gründen der Existenzsicherung zu verschärften Reaktionen, die unter anderen Umfeld-Voraussetzungen entweder ganz ausgeblieben oder aber gewiß gemäßigter, rechtsstaatlich, demokratisch verlaufen wären oder hätten verlaufen können. So ist das überall und zu allen Zeiten in der Welt.

Was hätte mehr geschehen können, als was Reichspräsident Paul v. Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler bereits 2 Tage nach dem 30. Januar 1933 veranlaßt haben? Sie hatten den Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März mit dem Verordnungstext erlassen:

"Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt."[20)]

Die Beseitigung der Bürgerkriegsverhältnisse, der Wirtschaftsnot, die Herstellung des sozialen Friedens, der sogar in vielerlei Hinsicht vorbildliche soziale Fortschritt ist Adolf Hitler jedenfalls in einem von niemandem für möglich gehaltenen Maße und außerordentlich kurzfristig gelungen. Selbst Winston Churchill wäre bekanntlich froh gewesen,

"einen solchen bewunderungswürdigen Kämpen zu finden, der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz unter den Nationen. ...

Unsere Führung muß wenigstens ein Stück vom Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles um ihn in Trümmer gefallen war, als Deutschland für alle Zukunft in Chaos versunken schien, nicht zögerte, gegen die gewaltige Schlachtreihe der siegreichen Nationen zu ziehen."[21)]

Daß bei einem solchen Umbruch auch Opfer und Mißhelligkeiten zu beklagen sind, menschliche Emotionen fehlschlugen, Großmut und Bedachtsamkeit zur rechten Stunde am geforderten Ort fehlten, ist in der Welt, in der wir leben, leider überall und zu allen Zeiten einer politischen Neuentwicklung der Fall.

Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop hat nach wie vor mit seiner Aussage recht:

"Ich glaube nicht falsch vorauszusehen, wenn ich sage, daß eine spätere objektive Geschichtsschreibung den nationalsozialistischen Machtkampf geradezu als das Musterbeispiel für eine Revolution ansehen wird, wie sie nur eine Nation von höchstem Kulturniveau überhaupt durchführen kann."[22)]

Theodor Heuß, Gegner des Nationalsozialismus und

17) Konrad Kwiet / Helmut Eschwege, "Selbstbehauptung und Widerstand -- Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde", Hamburg 1984, S. 93.

18) Vgl. ***HT*** Nr. 34, S. 31 + Nr. 10, S. 27 ff + 31 ff "Volksgenosse kann nicht jeder sein".

19) Der Wortlaut jener Kriegserklärung aus ***Daily Express***, London, ist abgedruckt in ***HT*** Nr. 39 S. 40 im Originaltext und in Nr. 54 S. 40 in deutscher Übersetzung.

20) Reichsgesetzblatt 1933, 7. Februar 1933, Nr. 10, S. 45.

21) E. Hughes, "Winston Churchill -- his career in War and Peace", Glasgow 1950, S. 144 + L.P. Lochner, "Die Mächtigen und der Tyrann", Darmstadt 1955, S. 214 + H. Laternser, "Verteidigung deutscher Soldaten -- Plädoyers vor Alliierten Gerichten", Bonn 1950, S. 36 + Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 51.

späterer Präsident der Bundesrepublik Deutschland, erklärte sogar:

"Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Leistung, liegt darin, daß sie Klassen- und Standesscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte, stärker als die meisten anderen Parteien." [23)]

Was das deutsche Volk jedoch nicht voraussehen konnte, war, daß die jüdischen Organisationen die nach den Spielregeln der Demokratie erfolgte Machtübernahme Adolf Hitlers sofort mit immer stärker werdendem Wirtschaftsboykott, international koordinierter Greuelpropaganda und sogar einer Kriegserklärung schon am 24.3.1933 zu einer Zeit beantworteten, als -- dies kann nicht oft genug unterstrichen werden -- **es noch keinerlei Maßnahmen gegen "die Juden" in Deutschland gegeben hatte, diese auch nicht geplant waren!** (Vgl. Beweisführung S. 15 ff + 39).

Am 10. März 1933 forderte der Reichskanzler in einem Appell an Partei, SA und SS, Ausschreitungen zu unterlassen und Disziplin zu wahren. Einzelne bekanntgewordene Übergriffe, teils verübt von kommunistischen Provokateuren in ns-Uniformen, ließ er unnachsichtig ahnden. Einzelanweisungen an die untergeordneten Parteigliederungen folgten.

Gerade an dem Tag, als Adolf Hitler vom Reichstag das Ermächtigungsgesetz zugebilligt bekommen hat, um die Notlage des Volkes zu meistern, die andere vor ihm trotz gleichartiger Vollmachten (in den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde fast durchgängig mit Hilfe des Notstandsparagraphen 48 der Weimarer Verfassung regiert!) nicht zu beheben in der Lage waren, haben jene privaten Organisationen in London und den USA Deutschland den Krieg erklärt. Der demokratische Wille in Deutschland wurde von ihnen nicht nur rigoros mißachtet -- ähnlich wie beim Frieden 1919 in Versailles --, sondern konsequent bekämpft! Erstaunliche "Demokraten", die sich angeblich stets um das Votum der Völker aufzehren!

Der Wortlaut dieser Kriegserklärung[19)] beweist, daß sie

1.) **gegen Deutschland** gerichtet war -- nicht gegen Hitler und die NSDAP --, um die Souveränität Deutschlands zunichte zu machen, wie das ja schon in Versailles 1919 gewollt war und Samuel Untermayer als einer der maßgebenden "heiligen Krieger" in den USA wiederholt offen ausgesprochen hat.[24)] In Versailles und als Folge jenes "Friedens" jedoch hatte man gehofft, dieses Ziel mit anderen Mitteln bereits dauerhaft durchgesetzt zu haben.

2.) nicht eine einzige Maßnahme Hitlers -- nicht einmal das Programm der NSDAP oder das Buch "Mein Kampf" -- konkret als Kriegsgrund aufführte, sondern nicht spezifizierte, nicht bewiesene, pauschale *"Berichte über die Peinigung der deutschen Juden"*, gegen deren Authentizität sich die Vertreter der jüdischen Organisationen in Deutschland einhellig öffentlich verwahrt haben,

3.) *"die Gesamtheit Israels rund um die Welt" -- "14 Millionen Juden, verstreut um die ganze Welt"*, offensichtlich einschließlich der deutschen Juden -- als fortan Kriegführende benannte,

4.) *"das Erscheinen des Hakenkreuzes als Symbol eines neuen Deutschland den Löwen von Judah, das alte Kampfsymbol des jüdischen Trotzes erweckte"*.

Allein das Hakenkreuz als Symbol eines neuen, souveränen, gleichberechtigten Deutschland "erweckte" den Kampfwillen jener Streitsüchtigen in London und den USA zur kompromißlosen Vernichtungsstrategie gegen das große Volk im Herzen Europas!

Es stellt eine unfaßliche Einmischung in die Belange eines souveränen Staates dar, daß ausgerechnet eine solche Entscheidung des höchsten Volksvertretergremiums -- des Reichstages -- von "privaten", international verzweigten Gremien, die selber überhaupt keinen Staat repräsentierten und keinerlei Rechte hatten, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, zum Anlaß für eine Kriegserklärung genommen wurde! Ebenso unfaßlich ist, daß Großbritannien und die USA sich dieses Treiben in ihrem Hoheitsgebiet haben bieten lassen! In einer deutschen Demokratie wären die Verantwortlichen für eine solche Kriegserklärung bereits im Vorfeld wegen Volksverhetzung im Gefängnis gelandet!

Das unwahrscheinliche Engagement jener Deutschlands Souveränität mißachtenden Kampfstrategen seit 1918/19 in London und New York bezeugt, daß sie auf geheimnisvolle Weise intensiv mit den Strukturen der Weimarer Republik -- sprich dem Staat Deutschland -- interessengebunden verflochten waren, wie man dies allenfalls in persönlichen Besitzverhältnissen zu sein pflegt. Die diesbezüglichen Vorhaltungen der NSDAP bestanden auch schon zu jener Zeit offensichtlich zu Recht.

In jedem Fall war die jüdische Kriegserklärung vom 24. März 1933 keine bloß platonische Deklaration, sondern eine sehr ernst zu nehmende, grenzübergreifende und konsequent mit den jüdischen Organisationen in den USA koordinierte Kampfstrategie mit realpolitischem Hintergrund! Und wenn Samuel Untermeyer als "heiliger Krieger" bei seinen internationalen Boykottkonferenzen immer wieder weltweites Presse- und Rundfunkecho erhielt, so war er zwar nicht der einzige, der mit verlogenen Schlagworten den "Kampf" anfeuerte, doch artikulierte er unmißverständlich das Ziel, auf das es ankam. So z.B. auch am 6. 8.1933 nach Rückkehr aus Europa in einer vom Rundfunk (WABC-station) übertragenen Begrüßungskundgebung im Hafen von New York:

"... Ich weiß Eure begeisterte Begrüßung anläßlich meiner heutigen Rückkehr sehr zu schätzen, die ich als Bekundung nicht mir persönlich gegenüber verstehe, sondern zum heiligen Krieg für die Humanität, in den wir verstrickt sind (in which we are embarked), -- Juden und Nichtjuden gleicherweise. Denn es berührt uns alle gleichermaßen, daß das Werk von Jahrhunderten nicht zunichte gemacht und es der Zivilisation nicht gestattet wird, zu sterben.

Es ist ein Krieg, der unwiderruflich geführt werden muß, bis die schwarzen Wolken der Intoleranz, des Rassenhasses und des Fanatismus, die über das niedergegangen sind, was einst Deutschland war, aber was jetzt mittelalter-

22) Gerd Rühle, "Das Dritte Reich", Berlin, Bd. 1935, S. 327. -- v. Ribbentrop in einem Brief an Lord Allen of Hurtwood.

23) Theodor Heuß, "Hitlers Weg", Berlin - Leipzig - Stuttgart 1932, S. 123.

24) Vgl. *HT* Nr. 54 , S. 12 - 15.

liches Hitlerland ist, hinweggefegt sein werden (have been dispersed). ...

Deutschland ist von einer Kulturnation in eine wahre Hölle grausamer und wilder Bestien verwandelt worden. ..." [25)]

Die Kriegserklärung im Namen des Weltjudentums hat nicht nur die bereits vorher angelaufene weltweite Boykottbewegung und Pressepolitik gegen Deutschland -- gegen **Deutschland**, wohlgemerkt, nicht die NSDAP! -- für einen *"heiligen Krieg"* intensiviert, sondern wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Ernsthaftigkeit als "Krieg" und Kompromißlosigkeit vielfach bestätigt.

Hier nur 4 solcher Belege:

(1) Chaim Weizmann, Präsident der Jewish Agency und Zionistischen Weltorganisation, führte nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem Erinnerungswerk "Trial and Error" aus:

> ***"Im Kampf gegen die Nazi-Monster konnte niemand ein stärkeres Interesse haben, konnte niemand fanatischer bestrebt sein, seinen Teil für die gemeinsame Sache beizutragen, als die Juden. ...***
>
> ***Es war unsere Hoffnung, daß, sobald die schändliche Beschwichtigungspolitik gegenüber den Nazis und den Araberführern überwunden werden konnte, eine Erleichterung bei den Anti-Einwanderungsbestimmungen für Palästina eintreten würde."*** [26)]

In dieser Bekundung Weizmanns schimmert das Motiv mit, daß die hier zum Ausdruck gebrachte Haltung sehr stark von dem Bemühen geprägt war, ohne Rücksicht auf die Deutschen oder die Juden in Deutschland Großbritannien über einen Konflikt mit Deutschland bewegen zu können, Palästina für die Juden freizugeben, was bis 1939 nicht gelungen war. Beschwichtigung, d.h. **Befriedung mit Hitler war seinen Worten zufolge** *"schändlich"* (*"ignominious"*). Da Hitler diese Haltung seit langem bekannt war, brauchte sich Weizmann über entsprechende Reaktionen aus Deutschland nicht zu wundern. Angesichts dieser von Anbeginn vorherrschenden Einstellung steht es Chaim Weizmann und seinen Anhängern nicht zu, Schuldverdikte gegen Deutschland zu schleudern. Zumal er die Ablehnung einer *"schändlichen Befriedungspolitik"* nicht als Defensivhaltung verstand, sondern als Konsequenz einer aktiven Kriegspolitik. Hatte er sich doch nicht nur hinter die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933 mit der ständig ausgeweiteten internationalen Boykottpolitik gegen deutsche Waren und Dienstleistungen gestellt, die bekanntlich auch eine verweigerte Rohstoffversorgung Deutschlands und ein Abschneiden von den internationalen Märkten einschloß.

Vor Kriegsausbruch -- Hitler war noch keineswegs in Polen einmarschiert, Polen hatte Verhandlungen abgelehnt (nicht Hitler!), Großbritannien und Frankreich hatten soeben Osteuropa an die Bolschewisten verraten und verkauft! --, am 24. August 1939, richtete Präsident Chaim Weizmann gegen Ende des 21. Zionistenkongresses in Genf, nachdem *"in einer Geheimsitzung der Jewish Agency Kriegsrat gehalten"* worden war, nicht etwa eine Mahnung und Initiative zum Frieden an die Welt. Nein: **er beschwor, sich an die westlichen Länder wendend, den Krieg** und brachte gleichzeitig zum Ausdruck, wessen Krieg das sei, indem er ausrief:

> ***"Ihre Angst ist unsere Angst, ihr Krieg ist unser Krieg!"*** [27)]

Während das also *"unser Krieg"* ist, zählte die Sowjetmacht zu seinen Verbündeten, die zu jener Zeit bereits 30 - 40 Millionen politische Mordopfer verscharrt und Konzentrationslager en masse schon seit 1918 zum integralen Herrschaftsinstrumentarium mit "internationaler Anerkennung" gemacht hat und zur Durchzwingung des kommunistischen Massenterrors mit beabsichtigter Ausmordung der europäischen Intelligenz entschlossen war.

Wie sollte man eine solche Politik in Deutschland auffassen? Etwa so, als seien die Leute um Stefen Wise in USA und Chaim Weizmann in London, Willi Münzenberg, Jabotinsky und Lechache in Paris, Litwinow, Ilja Ehrenburg und Genossen in Moskau mit ihren weltweiten Organisationen völlig unbeteiligt und nicht mitverantwortlich für die Kriegsentwicklung?

(2) Die jüdische Historikerin Nana Sagi verwies nach Studium der jüdisch-amerikanischen und israelischen Verhältnisse auf die Tatsache, daß die jüdische Verbandsorganisation, die in den USA die ersten Unterlagen für die jüdischen Reparationsforderungen gegen Deutschland ausgearbeitet hat, den Regierungen der Alliierten am 27. Oktober 1944 eine Resolution vorlegte, in der eingangs vermerkt war:

> ***"Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, daß die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören."*** [28)]

Diese Aussage hat um so mehr Gewicht, als nicht nur dieses Buch im Zusammenwirken mit dem Institut für Jüdische Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem geschrieben und moralisch wie materiell von Mitgliedern der Claims Conference unterstützt wurde, sondern diese Aussage sich in den offiziellen Kriegsentscheidungen der Alliierten niedergeschlagen hat.

(3) Maurice Perlzweig, Führer der britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, erklärte am 26.2.1940 laut ***Toronto Evening Telegram*** in einer Rede in Kanada:

> ***"Der Jüdische Weltkongreß befindet sich seit 7 Jahren ununterbrochen im Kriege mit Deutschland."***

(4) Die in London erscheinende Zeitung ***Jewish Chronicle*** hat die Kriegserklärung an Deutschland schon für den 30.1.1933 bekannt, als sie am 8. Mai 1940 schrieb:

> ***"Wir sind mit Hitler im Krieg vom ersten Tag seiner Machtergreifung an."***

25) ***The New York Times***, 7. August 1933: "Text of Untermyer's Address".

26) Chaim Weizmann, "Trial and Error -- The Autobiography of Chaim Weizmann", New York 1966, S. 417.

27) Ferdinand Kroh, "David kämpft -- Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler", Reinbek 1988, Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 32.

28) Nana Sagi, "Wiedergutmachung für Israel -- Die deutschen Zahlungen und Leistungen", Stuttgart 1981, S. 27.

Selbst bis zum 24. März 1933 hatte Reichskanzler Adolf Hitler die Rechte der Juden nicht beeinträchtigt. Auch hat sich bis dahin keine einzige jüdische Gruppierung in Deutschland bei irgendwelchen internationalen jüdischen Gremien über Hitler, die NSDAP oder die Reichsregierung beschwert, geschweige denn die Leute in London dazu angeregt, Deutschland den Krieg zu erklären! Im Gegenteil war festzustellen, daß selbst jene jüdischen Kreise in Deutschland, die während der Weimarer Zeit die NSDAP direkt oder verdeckt nachhaltig bekämpft hatten wie der »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« oder der »Verband nationaldeutscher Juden« und andere, auf den Machtwechsel in Deutschland im Januar 1933 außerordentlich einsichtsvoll reagiert und ihren Frieden mit der NSDAP gesucht haben.

Adolf Hitler hatte gerade Zeit und Kraft, die aufgeflammte Gefahr eines kommunistischen Aufstandes (Reichstagsbrand als vermutetes Signal hierfür) niederzukämpfen und die bürgerkriegs-ähnlichen Zustände erstaunlich rasch und -- entgegen der Praxis aller bisherigen Revolutionen -- ohne Blutbad zu beenden.

Zur sachgerechten Bewertung sollte man das Schreiben des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten e.V. vom 24. März 1933, sowie die damit angesprochenen Zusammenhänge zur Kenntnis nehmen:

"Berlin, den 24. März 1933

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin

Wir erhielten Kenntnis von der Propaganda, die in Ihrem Lande über die angeblichen Greueltaten gegen die Juden in Deutschland gemacht wird. Wir halten es für unsere Pflicht, nicht nur im vaterländischen Interesse, sondern auch im Interesse der Wahrheit, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Es sind Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen, die zu beschönigen gerade uns bestimmt fernliegt. Aber derartige Exzesse sind bei keiner Umwälzung vermeidbar.

Wir legen Wert auf die Feststellung, daß die Behörden in allen uns bekanntgewordenen Fällen energisch gegen Ausschreitungen vorgegangen sind, wo immer die Möglichkeit des Eingreifens vorlag. Die Ausschreitungen wurden in allen Fällen von unverantwortlichen Elementen vorgenommen, die sich im Verborgenen hielten. Wir wissen, daß die Regierung und alle führenden Stellen die vorgefallenen Gewalthandlungen auf das Schärfste mißbilligen.

Es ist aber auch unseres Ermessens an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken, die von sog. jüdischen Intellektuellen im Ausland gegen Deutschland unternommen wird. Diese Männer, die sich zum überwiegenden Teil nie als Deutsche bekannten, ihre Glaubensgenossen im eigenen Lande, für die sie Vorkämpfer zu sein vorgaben, im kritischsten Augenblick im Stich ließen, und ins Ausland flüchteten, haben das Recht verwirkt, in deutsch-jüdischen Angelegenheiten mitzusprechen. Ihre aus sicherem Versteck abgeschossenen Pfeile schaden wohl Deutschland und den deutschen Juden, aber sie dienen den Schützen selbst gewiß nicht zur Ehre. Ihre Berichte strotzen von Übertreibungen.

Wir wären der Botschaft der Vereinigten Staaten sehr dankbar, wenn sie dieses unser Schreiben, das wir in vollem Verantwortungsgefühl für das, was wir damit ansprechen, der Botschaft überreichen, unverzüglich nach Amerika kabeln würde. Der unterzeichnete Bund ist bereit, die entsprechenden Kosten zu übernehmen. Da wir wissen, daß am Montag eine groß aufgezogene Propaganda gegen Deutschland unter dem oben gestreiften Thema stattfinden soll, würden wir es begrüßen, wenn unser Schreiben schon möglichst Montag in der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt wäre.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e.V." [29]

Das State Department in Washington hat zu dieser Zeit mehrfach die Vertreter der amerikanisch-jüdischen Organisationen -- vergebens -- aufgefordert, sich in öffentlichen Stellungnahmen gegenüber Deutschland zurückzuhalten.[30] Es hielt das Vorgehen dieser Leute offensichtlich auch nicht für angebracht.

Zwei Tage später sandte die Zionistische Vereinigung in Deutschland ein Telegramm und folgende Erklärung an mehrere amerikanisch-jüdische Repräsentanten:

"Wir protestieren kategorisch gegen die Abhaltung Montag-Meeting und sonstige Demonstrationen -- stopp -- Verlangen unbedingt energische Bemühungen zur Einwirkung auf Unterlassung deutschfeindlicher Kundgebungen.

Blumenfeld, Berlin, Zionistische Vereinigung

Brodnitz, Berlin, Central-Verein" Berlin 25.3.1933

"Erklärung der Zionistischen Vereinigung in Deutschland

Zu dem Mißbrauch, der im Ausland mit Nachrichten über die Lage der deutschen Juden zwecks deutschfeindlicher Propaganda betrieben wird, erklärt die Zionistische Vereinigung für Deutschland:

Wir haben uns bereits am 17. März in einer durch die Jüdische Telegraphen-Union an die gesamte jüdische Presse der Welt wiedergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlose Sensationsnachrichten Einspruch erhoben und wiederholen heute unseren Protest in aller Öffentlichkeit. Wir protestieren gegen jeden Versuch, die jüdische Sache der Interessenpolitik anderer Staaten oder Gruppen dienstbar zu machen. Die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden und die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Position kann und darf nicht verknüpft werden mit politischen Aktionen, die sich gegen Deutschland und die außenpolitische Geltung des Deutschen Reiches richten.

Berlin, den 26. März 1933" [29]

Die überraschende Lageveränderung der internationalen Szene hatte Hitler nicht verschuldet. Sie wurde ihm präsentiert von Leuten mit weitreichenden, langfristig

29) Prof. Dr. Klaus J. Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", Köln - Berlin - Bonn - München 1969, Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften, Heft 4, S. 68, Dokument E 611930 + S. 64, Dokument E 611924. -- Vgl. weitere Erklärungen jüdischer Organisationen vom 27.3. - 1.4.1933 in ***HT*** Nr. 10, S. 19 - 20 + Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Berlin - Frankfurt - Zürich 1966, S. 47 + 48 Fußnoten.

30) ***Jüdische Rundschau***, Organ der Zionistischen Vereinigung Deutschlands, am 4.4.1933.

eingespielten Machtapparaturen der Weltimperialmächte, die bekanntlich immer noch die Siegermächte waren. Ihre Zielrichtungen waren dieselben geblieben: Deutschland im Griff der Versailler Fesseln zu halten und an der Wiedergewinnung seiner Souveränität zu hindern. Die maßgebenden Initiatoren dieser Politik bedienten sich zwar der seit dem Versailler Frieden im Völkerbund konzentrierten internationalen Gremien, doch agierten sie darüber hinaus von ihren in den USA ausgebauten privaten Wirtschaftsimperien heraus und drängten zunehmend ihren eigenen Aussagen zufolge auf weltumspannendes egoistisches Machtstreben. Die Schaffung des Staates Israel war zwar elementares, jedoch nicht einziges Motiv dieser, sich sogar über Regierungen hinwegsetzenden oder sie in ihre Absichten einspannenden Kräfte. **Nahum Goldmann** gestand:

"Als Präsident der größten jüdischen Organisationen verfügte ich über riesige Budgets, über Hunderte von Millionen Dollar und leitete Tausende von Angestellten. Dies alles, ich betone es erneut, im Rahmen des internationalen Judentums und nicht in dem eines Staates." [31)]

Die siegreichen Imperialmächte gedachten und verstanden mit ihren eingespielten Herrschaftsapparaturen von wenigen Metropolen aus (Washington/New York, London, Paris, Moskau) die Geschicke der Welt zu lenken. Wenn auch die Bolschewisten -- gewiß in ihren Methoden und ideologischen Grundsätzen von vielen unerwünscht -- sich als eigenwillige Mitgestalter in die vordersten Ränge der weltpolitischen Strategen hineingedrängt hatten, so war doch eines unbestreitbar:

a) Sie waren alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler auf der Bühne der Initiatoren!

b) Sie hatten alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler ideologisch-dialektisch-egoistische Ambitionen und nicht etwa humanitäre Grundsätze, die auch kleine bzw. einstmals besiegte Nationen in gleichberechtigte Rechtskategorien eingliedern!

c) Sie arbeiteten alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler an der dauerhaften Ausschaltung eines deutschen Machtfaktors in Europa, wie immer er aussehen mochte!

Hinzu kamen die Nutznießer von Versailles, die sich die Schwäche und Isolierung Deutschlands auch weiterhin zunutze machen wollten, wie beispielsweise Polen, das die Machtübernahme Adolf Hitlers als Vorwand für einen militärischen Einmarsch in Deutschland zwecks weiteren Land- und Besitzraubes zu nehmen gedachte und nur auf Grund der französischen Ablehnung einer Mittäterschaft davon Abstand nahm.[32)]

Die Juden in Deutschland hatten sich zwar während der Weimarer Zeit -- teilweise freilich auch schon "zu Kaisers Zeiten" -- beträchtliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Führungspositionen erobert, doch gehörten sie allesamt dem besiegten und wehrlosen deutschen Staatskörper an, den man von den wirtschaftlichen und publizistischen US-Machtbasen aus bereits seit Jahrzehnten von oben herab bis in seine inneren Geschehensabläufe zu kommandieren sich angewöhnt hatte.

31) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 150.

32) Fritz Berber, "Europäische Politik 1933 - 1938 im Spiegel der Prager Akten", Essen 1941, S. 24 + 73. + Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945" (Hrsg.) Bd. I, Vlotho 1966, S. 37 + ***HT*** Nr. 59, S. 10.

In diesem Strategieumfeld galten die Juden in Deutschland nur als kleine, 565.000 Seelen umfassende Sektion, von der bekannt war, daß sie

a) nunmehr -- 1933 mit der Kanzlerschaft Adolf Hitlers -- ihren politischen Einfluß verloren hatte (was man ihr offenbar nicht verzieh) und

b) ihre Mitglieder in Deutschland bleiben, d.h. sich dem zionistischen Palästinaprogramm weitgehend verschließen wollten.

"Vor der Hitler-Zeit entschlossen sich nur sehr wenige deutsche Zionisten zur Auswanderung." [33)]

"Das Gros der deutschen Juden war nicht im geringsten geneigt, die Aufforderung zur Errichtung einer palästinensischen Heimat auf sich zu beziehen. Für die »armen verfolgten Brüder und Schwestern aus dem Osten« konnte man sich eine derartige Gründung durchaus vorstellen, nicht aber für die Deutschjuden." [34)]

Auch die ***CV-Zeitung*** bestätigte dies:

"Das deutsche Judentum in seiner überwältigenden Mehrheit sei entschlossen, nicht aus wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, sondern aus seelischer Verbundenheit in der Heimat zu bleiben und stelle sich »dem geordneten Prinzip des Staates« zur Verfügung. Das deutsche Judentum wolle keine Lösung, die es von Deutschland löst.

Je stärker sich der nationalsozialistische Staat in seinen Entscheidungen verwirklicht, um so unbedenklicher für seinen Ausdruck und seinen Bestand kann dann die Eingliederung eines Bevölkerungsteiles werden, in dem die Herzen der Menschen stets für Deutschland geschlagen haben. ... Für uns ist Deutschland unser geschichtlicher Raum." [9)]

Was lag für die Zionisten in den USA, die selbst ja auch nicht nach Palästina auswandern wollten, sondern andere dafür suchten[35)], und deren Hauptgegner ohnehin die jüdischen Assimilanten waren, näher, als es den Juden in Deutschland möglichst unangenehm zu machen, um sie zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen? Denn intelligent und gebildet sollten sie schon sein, die neuen Siedler im gelobten Land. So blieben alle deutsch-jüdischen Eingaben an ihre Glaubens- und Rassebrüder in New York und London zwecks Mäßigung und Vermeidung eines kompromißlosen Konfrontationskurses gegenüber der neuen deutschen Regierung unberücksichtigt. Man mußte den Eindruck gewinnen, als sei es sogar die Absicht jener transatlantischen Strategen, die neue, demokratisch vollzogene Willensbildung in Deutschland mit kompromißloser Vernichtungsstrategie zu beantworten, -- ohne Rücksicht auf die Rückwirkungen gegenüber den Juden in Deutschland.

Daß ihnen das Schicksal der deutschen Juden gleichgültig war, erwies sich auch daran, daß sie kaum etwas Wirksames taten, um die Auswanderung der deutschen Juden mit Förderung der Aufnahmebereitschaft zu unter-

33) Richard Lichtheim, "Die Geschichte des deutschen Zionismus", aaO. S. 235.

34) Prof. Dr. Klaus Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934" aaO. S. 7.

35) Kurt Blumenfeld, "Im Kampf um den Zionismus", Stuttgart 1976, S. 202: *"Ich weiß sehr gut, daß die 5,5 Millionen Juden Amerikas keine Lust haben, nach Palästina zu kommen. ... Was ist ein Zionist? Ein Jude, der will, daß ein anderer Jude auf Kosten der jüdischen Gemeinschaft nach Palästina geht."*

Weltorganisation, Chaim Weizmann, für ein Referat auf einem bevorstehenden Kongreß zu bedenken:

"Das Pendel ist einmal im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu sehr zu Gunsten der Juden ausgeschlagen. Die Juden haben geglaubt, daß die Emanzipation ihnen die Möglichkeit und das Recht gibt, ohne jede Rücksicht auf die eigene jüdische Entwicklung die Geschichte der anderen zu beeinflussen und nichtjüdische Welten zu repräsentieren. ...

In Deutschland war die Einwirkung der Juden auf die Entwicklung des deutschen Lebens am stärksten fühlbar; sie -- die Juden -- waren überall sichtbar, wurden charakteristische Vertreter deutscher Kunst, deutscher Dichtung, deutscher Wissenschaft, und das, was ihnen im letzten Jahr durch eine sie ablehnende feindselige deutsche Welt geschah, war geistig und in gewissem Sinne auch politisch schon im Jahre 1880 in der von Stöcker geführten Berliner antisemitischen Bewegung präformiert. ...

Das deutsche Beispiel zeigt, daß der Zionismus mit Recht mit der Prätention aufgetreten ist, daß ihm die Führung der gesamten Judenheit gebührt. ...

Ich hielt es aber für meine Pflicht, Sie dringend darum zu bitten, eine antideutsche politische Rede zu vermeiden. Wir deutschen Juden und insbesondere auch die deutschen Zionisten sind Geiseln in der Hand der nationalsozialistischen Regierung, und wenn man ernsthaft an ihrem Schicksal interessiert ist, dann darf man dieser Regierung keine neuen Waffen in die Hand geben. Ich bin auch ein absoluter Gegner des Boykotts, der in erster Linie die deutschen Juden trifft und der eine volle Rechtfertigung für alle Maßnahmen der Hitler-Regierung darstellt. Boykott kann im Krieg eine gute Waffe sein. Dann muß man aber auch Herr dieser Waffe sein und muß sich überlegen können, unter welchen Bedingungen man Frieden schließen will. Ein endloser und zielloser Boykott ist ganz gewiß eine politische Kurzsichtigkeit. Die Juden der meisten Länder denken übrigens, wie ich festgestellt habe, gar nicht an das Schicksal der deutschen Juden, das ihnen gleichgültig ist, sondern sie wollen sich ihren Regierungen empfehlen und betrachten den Boykott als ein Zeichen ihres patriotischen Verhaltens gegenüber ihren Regierungen. So liegt es wenigstens in Polen, so auch in der Tschechoslowakei. Alle Verhandlungen über Transfer-Möglichkeiten haben nur dann einen









Umschulung, Lehrwerkstätten in Koordination mit der Jüdischen Gemeinde in Berlin 1935 - 1938.
-- Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen" aaO. S. 420 - 421.

stützen, wobei auch die USA sich einer Immigration der deutschen Juden weitgehend verschlossen.

"Kein europäischer oder überseeischer Staat aber zeigte eine Neigung, Angehörige der für ihn unbrauchbaren Berufe (Handel, Banken, Gewerbe, Unternehmer, Akademiker), in denen die Masse der deutschen Juden tätig war, aufzunehmen, sofern sie nicht eigenes Vermögen oder vermögende Verwandte nachweisen konnten. Auch die Versuche des Völkerbundes, diese Einstellung zu ändern, blieben vergeblich." [36]

Auch ***"kehrten Tausende der 1933 geflüchteten Juden im Laufe des Jahres 1934 nach Deutschland zurück, da sie ... nirgends eine Existenzbasis finden konnten."*** [36]

Am 12. Juli 1933 protestierte die Reichsvertretung der Juden in Deutschland erneut in einem Telegramm an Lord Melchett, den Vorsitzenden des britischen Ausschusses für den Boykott deutscher Waren, anläßlich einer nach London einberufenen Boykottkonferenz:

"Wir wenden uns mit Nachdruck gegen neuerliche Boykottmaßnahmen, die Presseberichten zufolge auf dem bevorstehenden Kongreß beschlossen werden sollen. Wir verlangen, daß alle Vorschläge und Entschließungen, die eine Schädigung Deutschlands zur Folge haben, fallen gelassen werden, sofern der Kongreß nicht rückgängig gemacht werden kann." [37]

Kurt Blumenfeld, *"die bewegende geistige und auch organisatorische Kraft des deutschen Zionismus"*, gab in einem Brief am 14. August 1933 seinem verehrten Freund und Präsidenten der Jewish Agency und Zionistischen

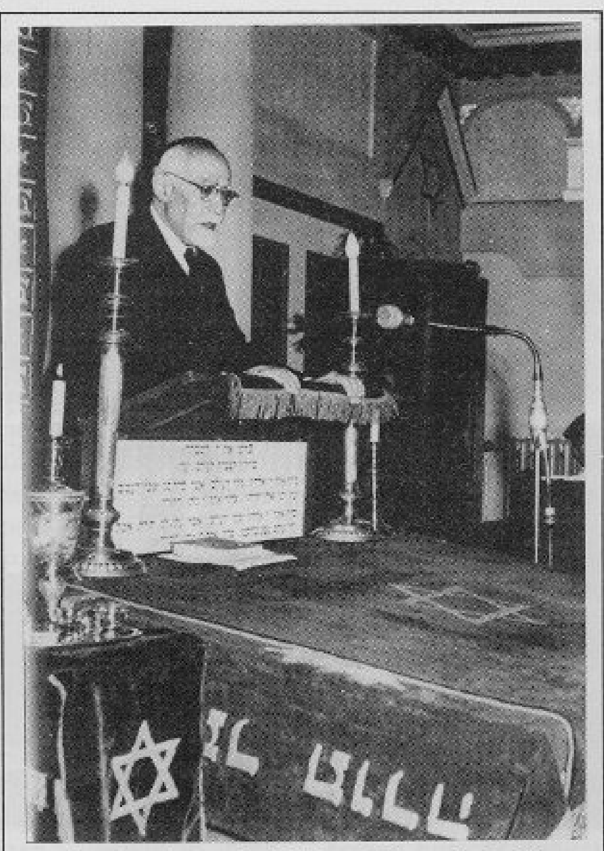
36) Hans Buchheim, "Die Auswanderung der Juden aus Deutschland zwischen 1930 und 1939", -- in: "Gutachten", München 1956/1957, Hrsg. Prof. Dr. Martin Broszat, Institut für Zeitgeschichte, München, S. 82 - 83.

37) Bundesarchiv Koblenz: R/43 II: 600, - 288. -- Vgl. auch Francis R. Nicosia, "Hitler und der Zionismus", Leoni 1989, S. 81.

Sinn, wenn die grundsätzliche Boykotthaltung aufgegeben wird. ..." 38)

Wenn in historischen Untersuchungen über die Judenpolitik des Dritten Reiches ohne Beweisführung unterstellt wird, die später abgelaufene Entwicklung sei bereits 1933 oder womöglich noch früher "geplant" gewesen, so sind solche Aussagen reine Polemik. Eine dogmatisch verfügte Gleichsetzung von NSDAP mit Verbrecherorganisation, ns-Gedankengut mit Verbrecherideologie, Drittes Reich mit Verbrecherstaat und als Konsequenz dessen, daß die NSDAP mit demokratischem Mehrheitswillen an die Macht getragen worden ist, das deutsche Volk mit Verbrechervolk, ist nicht sachlich-wissenschaftlich begründet, sondern Ausfluß interessenbezogener Wertung bzw. Agitation zur Bekämpfung und Vernichtung dieses politischen Gegners zwecks Durchsetzung eigener egoistischer Ambitionen.

Diese Terminologie konnte sich doch auch nur dadurch bis heute durchsetzen, daß man systematisch die zur gleichen Zeit gegen das Reich gerichtete Kriegführung und daher die Anlässe, die zu verschärfenden Reaktionen gegen die Juden in Deutschland führten, weltweit verschwieg.



Leo Baeck, maßgeblicher Philosoph des liberalen Judentums, Vorsitzender des Deutschen Rabbinerverbandes, Präsidialmitglied der Jewish Agency, seit 1924 Präsident der deutschen B'nai B'rith Loge, Präsident der "Reichsvertretung der deutschen Juden" 1934/35 in einer Berliner Synagoge. -- 1943 wurde Leo Baeck nach Theresienstadt deportiert, überlebte den Krieg und starb am 2.11.1956 in London.

Zweifellos ist richtig, was heute klar zu erkennen ist, daß die in Deutschland verwurzelt gewesenen Juden mit den Machenschaften im Ausland ansässiger Befehlszentralen wenig oder gar nichts zu tun hatten, doch konnte man in der "Kampfzeit", also in der Weimarer Republik, so differenzierte Positionen nicht durchschauen. Pflegen sich Juden doch gezielt über materielle, völkische und geistige Grenzen hinweg intensiv zu unterstützen, auch unter Inkaufnahme von Nachteilen für die Wirtsvölker.

Wie fast alle jüdischen Leiter in Deutschland verwahrte sich Rabbiner Leo Baeck zwar immer wieder gegen die nationalsozialistische Parole, die deutschen Juden seien Staatsfeinde des neuen Regimes, doch angesichts der Erfahrungen aus vielen Zusammenhängen hatte man auch seinem Bekenntnis in Deutschland nicht mehr geglaubt:

"Die nationale deutsche Revolution, die wir durchleben, hat zwei ineinandergehende Richtungen: den Kampf zur Überwindung des Bolschewismus und die der Erneuerung Deutschlands. Wie stellt sich das deutsche Judentum zu diesen beiden? Der Bolschewismus ist, zumal in seiner Gottlosenbewegung, der heftigste und erbittertste Feind des Judentums, die Ausrottung der jüdischen Religion ist in seinem Programm. Die Erneuerung Deutschlands ist ein Ideal und eine Sehnsucht innerhalb der deutschen Juden. Es wäre richtig gewesen, einzelne Übergriffe festzustellen und an zuständiger Stelle zur Sprache zu bringen. Statt dessen haben sich aber falsche Freunde zu schweren, bedauerlichen Fehlern hinreißen lassen. Um als politische Gegner den neuen deutschen Machthabern Schwierigkeiten zu bereiten, haben Linkskreise in der ganzen Welt die Judenschaft Deutschlands bei ihren Angriffen als Schild vor sich gehalten und den Versuch gemacht, durch unverantwortliche, unwahre Meldungen ihren politischen Gegnern, den regierenden Nationalsozialisten, zu schaden." 39)

Der Historiker hat konkrete historische Sachverhalte zu überprüfen und in eine für alle Völker und Parteien gleichrangige Wertbasis einzustufen. In ihr haben Neubesetzungen von Führungsämtern anläßlich einer neuen Wahlentscheidung, aber auch Greuelpropaganda, Wirtschaftsboykott und Kriegserklärung ihren jeweils für alle Völker und Parteien gleichrangigen Stellenwert. Ebenso müssen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf ihre Ursachen bezogen und objektiv gewertet werden. Wie will man sonst, wollte man anders verfahren, sachlich und gerecht urteilen können?

Aus all dem folgt, daß sämtliche Maßnahmen, die während des Dritten Reiches in bezug auf oder gegen deutsche und/oder ausländische Juden durchgeführt worden sind, im Rahmen des internationalen Geschehens und objektiven Völkerrechts eingebettet zu bewerten sind. Die erst unter diesen Voraussetzungen mögliche sachliche Geschichtsschreibung muß kein Parteiergreifen, Billigen oder Mißbilligen des Verfassers von historischen Geschehensabläufen einschließen.

Kennzeichnete *"die Tarnung dieser Aktivitäten aus taktischen Gründen"* nachgewiesenermaßen das Verhalten der jüdischen Organisationen in Deutschland, so sind auch **die internationalen Geheimbünde, Logen, Freimaurer** zu beachten. Sie gehörten lange **v o r** Adolf Hitler als Etablierte zu den kampferfahrenen Politstrategen, die eng, ja innig verbunden waren mit all den anderen

38) Kurt Blumenfeld, "Im Kampf um den Zionismus", Stuttgart 1976, S. 124 - 127.

39) Prof. Dr. Klaus Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", Köln - Berlin - Bonn - München 1969, Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften, Heft 4, S. 14 + 11.

international Anspruchsvollen, die keine Störung ihrer Interessen duldeten.

So mußte es nachhaltige Konsequenzen haben, was zwar erst 1934 in Deutschland bekannt wurde, aber sich bereits seit Frühjahr 1933 in der offiziellen britischen und französischen Politik niederschlug:

"Schon 1933 waren Männer in einflußreichen Regierungsstellen Englands bereit, einen Präventivkrieg zu führen. Davon zeugt ein Bericht über eine am 10. Mai 1933 in Paris abgehaltene Sitzung der Freimaurerloge »La Fraternité du Peuple« unter dem Vorsitz von Gaton Bergerie. Er war Mitglied des Abgeordnetenhauses und der Auswärtigen Kommission. In diesem Bericht heißt es u.a.:

'Sämtliche Mitglieder der »Großen Loge«, die Regierungsstellen in England einnehmen, haben zugesagt, mit feindlichen Erklärungen gegen Deutschland aufzutreten, auf keinen Fall die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zuzulassen, ja bei dem geringsten Versuch, dieselbe zu erlangen, die Frage der Sanktionsanwendung gegen Deutschland aufzuwerfen, sogar einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, wenn die Verhältnisse hierfür günstig liegen. Der Germanismus soll für immer niedergerungen werden, das Reich zerstört, in unzählige kleine Länder zerrissen werden, denn nur in der Zergliederung Deutschlands liegt die Rettung des Freimaurertums.'

Die feindliche Einstellung Englands, die aus den meisten Gesprächen in London hervorging, war in erster Linie auf das in England sehr mächtige Judentum zurückzuführen, das auch einen großen Teil der englischen Presse beherrschte." [40]

Bei allen historischen Analysen der Nachkriegszeit über diese Thematik bleibt der religiöse Hintergrund für das Handeln der jüdischen Verbände des In- und Auslandes ausgeklammert. Der meist nur vordergründig forschende Historiker verschweigt oder mißachtet religiös motiviertes Handeln bzw. in der jüdischen Religion begründete oder aus ihr hergeleitete Rechtsauffassungen, Aktionsziele und damit über nationale Staatsgrenzen hinausgreifende Verantwortlichkeiten. In der Realpolitik haben jedoch gerade diese in einer 2.000jährigen Religionsbindung wurzelnden Motivationen beachtliche Auswirkung sowohl auf das Handeln der so geistig-religiös ausgerichteten Gruppen, Organisationen, Staaten als auch auf das ihrer Kontrahenten. Letztere wissen zwar um diese Zusammenhänge, sind jedoch kaum in der Lage, sie stets sachgerecht zu beurteilen, da es auch unter Juden die verschiedenartigsten Gruppierungen gibt, von den streng Orthodoxen bis zu den Gottlosen, von den Zionisten bis zu den sich mit anderen Menschen als gleichberechtigt Betrachtenden, von den Assimilationsgewillten bis zu den Rassefanatikern.

Fest steht jedoch, daß bisher noch kein einziger Repräsentant der vielfältigsten jüdischen Sektionen in der Welt sich von dem **Alten Testament** und der daraus entwickelten Thora, dem Talmud oder dem Schulchan Aruch, dem kurzgefaßten Handbuch des praktisch geltenden jüdischen Religionsrechts, mit allen ihren seltsamen, ja geradezu abartigen und nicht mehr in die Neuzeit passenden Auffassungen über die Behandlung von fremden Menschen und Völkern distanziert hat. Dies wiederum hat zur Folge, daß mit Recht Gleichberechtigung fordert, wer diskriminierend behandelt wird von Leuten, die für sich Sonderrechte beanspruchen und diese aus Sprüchen des Alten Testamentes herleiten. Und gerade diesen Willen hat das deutsche Volk 1933 in seinem demokratisch zustandegekommenen Votum zum Ausdruck gebracht.

Abwehrboykott am 1. April 1933 = *"erste Maßnahme"*

Selbst der namhafte antifaschistische "Historiker" Walther Hofer, dessen dringendes Anliegen es war, *"die braune Ära nicht objektiv zu betrachten"*,[41] bestätigt:

! ***"Als erste offizielle Maßnahme des Regimes kann man den eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 ansehen."*** [42]

Und dies war bekanntlich 6 Tage n a c h der für das internationale Judentum im *Daily Express* (24. März 1933) veröffentlichten Kriegserklärung an Deutschland. Man beachte: **Kriegserklärung an Deutschland**, nicht an die NSDAP und nicht nur Boykott deutscher Waren! Der deutsche Abwehrboykott (er wurde deutlich so definiert!) eines halben Tages (Sonnabend vormittag) sollte jenen internationalen Streitsüchtigen klarmachen, daß Deutschland sich zur Wehr setzen könne. Welcher Souverän ließe sich eine Kriegserklärung ohne jede Reaktion entgegenschleudern?

"Dem veröffentlichten Bericht über eine Ministerratssitzung vom 29. März zufolge verteidigte er (Adolf Hitler) *die Organisierung des Boykotts damit, daß andernfalls eine spontane Bewegung aus dem Volke hervorgegangen wäre und unerwünschte Formen angenommen hätte. Nun aber, da die Aktion organisiert sei, werde es keine persönlichen Belästigungen und Gewaltmaßnahmen geben. Das Judentum müsse erkennen, daß ein Krieg gegen Deutschland es selbst mit voller Schärfe treffen würde."* [43]

40) C.V. Krogmann, "Es ging um Deutschlands Zukunft 1932 - 1939", Leoni 1977, S. 139 - 140.

41) Walther Hofer, "Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges", Frankfurt/M 1964, Vorwort, -- vgl.
Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945", Vlotho 1967, Bd. II, S. 309 ff: Analyse der Arbeitsweise von Prof. Walther Hofer an Hand seines Buches "Der Nationalsozialismus -- Dokumente 1933 - 1945, Brevier der Unmenschlichkeit".

42) Herbert Strauß / Norbert Kampe (Hrsg.), "Antisemitismus -- Von der Judenfeindschaft zum Holocaust", Frankfurt/M - New York 1985, S. 176, Beitrag von Prof. Walther Hofer.

43) *Jüdische Rundschau*, 31.3.1933. -- Vgl. Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Göttingen - Zürich 1966, S. 47.

Der aus Galizien stammende Jeshajahu Leibowitz, der in Berlin studiert, dort einen Lehrauftrag sowie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hat, erklärte nach dem Zweiten Weltkrieg als Professor der Chemie an der hebräischen Universität in Jerusalem rückblickend auf die Fragen:

"Sie kamen bereits 1934 nach Eretz Israel. Sahen Sie damals schon, was in Deutschland geschehen würde?

'Niemand ahnte das, selbst im Traum nicht.'

Fürchtete man nicht, es werde Pogrome gegen die Juden geben?

'Nein. Es sah überhaupt nicht nach Pogromen aus. Absolut nicht.'

Aber es herrschte doch Furcht, wie ich den Erzählungen meiner Mutter entnehmen konnte.

'Sicherlich, aber viel bedeutender ist, daß die zionistische Organisation der Juden in Deutschland in legaler Form bis 1938, also noch 5 Jahre nach Übertragung der Regierungsgewalt an Hitler, bestehen konnte!

Aber auf allen Massenaufmärschen in Nürnberg und wo auch immer vergriff man sich ***nicht*** *an den Juden.'*

Grete Leibowitz:

'Das ist nicht richtig. In Heidelberg wohnten wir gegenüber dem Braunen Haus, dem SS-Quartier, und jeden Morgen erwachten wir um 5 durch die Marschmusik und die anti-jüdischen Lieder. Trotzdem griff man keinen Juden an. ...

Aber gleichzeitig zerbrach am Tage des Boykotts 1933 keine einzige Fensterscheibe eines jüdischen Geschäftes. Die Männer der SA und SS warnten die Leute davor, bei Juden zu kaufen, rührten aber kein Geschäft an." [44)]

Zu den Pflichten des Reichskanzlers gehörte es freilich, wie dies in jeder Demokratie ebenfalls gehandhabt wird, mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Stimmenmehrheit alle jene Kräfte aus verantwortlichen Stellen des Staates auszuschalten, die die Behebung der Not von Volk und Reich zu vereiteln und das Bürgerkriegschaos in noch weitere Elendsdimensionen zu treiben trachteten, bzw. sich als unfähig erwiesen haben, diese Entwicklung zu verhindern.

Allerorten ist es üblich -- und besonders in den USA! --, daß anläßlich einer neu gewählten Parteienherrschaft die Führungsriegen ausgetauscht werden.

So waren 1933 in erster Linie alle jene Kräfte aus den deutschen Herrschaftsstrukturen ausgeschaltet worden, die im Sinne ausländischer Wirtschafts- und Politstrategen tätig gewesen waren, und auch solche, bei denen auf Grund eigener Bekundungen oder geistig/religiöser oder rassischer Bindungen davon auszugehen war, daß ihre Loyalität vorrangig nicht Deutschland, sondern Fremden galt.

Deutschland wurde dies, was überall in der Welt als normal und demokratisch legitim gilt, als Verbrechen angelastet. Was sind das nur für Verhältnisse, zumal angesichts der zur gleichen Zeit verschwiegenen Massenmorde der Bolschewisten in Millionenhöhe und totalen Enteignung und Entrechtung aller unter bolschewistische Gewalt geratenen Menschen und Völker? Der um Wahrheit und Recht bemühte Historiker muß diese Frage stellen und auf diese Sachverhalte hinweisen.

"Es fehlt jeder Hinweis darauf, daß von seiten der Parteileitung oder gar der Reichsregierung 1933 Pläne zu wirtschaftlichen Umwandlungen, ja auch nur zu einer systematischen Zurückdrängung der Juden in der Wirtschaft bestanden. Das Wirtschaftsministerium wurde für die Boykottaktion gar nicht zu Rate gezogen. Vorbereitungen für eine »Arisierung« -- wenn auch im kleineren Maßstabe als 1938 -- konnten noch nicht getroffen worden sein. Außerdem waren sowohl das außenpolitische Risiko als auch die Lage der Wirtschaft dazu viel zu ernst. Wie bei dem Einfluß der Juden im deutschen Wirtschaftsleben nicht verwunderlich ist, war man auf Jahre hinaus auf deren wirtschaftliche Tätigkeit angewiesen. Dementsprechend wurde in keinem der Aufrufe vom März/April die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden verlangt, sondern immer nur ihre Zurückdrängung in den freien Berufen sowie auf Schulen und Hochschulen. Während in Preußen und Mitteldeutschland die jüdischen Richter, Gerichtsbeamte und viele Anwälte, in Berlin auch die jüdischen Lehrer bereits am 1. April von Amts wegen verdrängt wurden, gibt es keinerlei entsprechende Anordnung einer zentralen Behörde gegen die Juden in der Wirtschaft." [45)]

In einer Anordnung vom 17.1.1934 wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und aus gewissen freien Berufen sich nicht auf die private Wirtschaft erstrecke.

"Ein Rundschreiben des Arbeitsministeriums vom November 1934 verfügte, daß jüdische Angestellte dieselben Rechte wie arische genießen sollten. Es wurde sogar eine Sonderstelle eingerichtet, wo Juden Beschwerden gegen diskriminierende Maßnahmen einreichen konnten." [46)]

Es handelte sich um die "Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe":

"Gegen viele Übergriffe untergeordneter Staats- und Parteistellen konnte sie erfolgreich Einspruch einlegen, bei den Arbeitsgerichten fristlose und kurzfristige Kündigungen aufheben oder in fristgerechte umwandeln, für Geschäftsleute Kredit- und Auftragskündigungen rückgängig machen, abgerissene Geschäftsverbindungen durch neue -- meist zu anderen jüdischen Firmen -- ersetzen, mit Hilfe jüdischer Banken und Kreditgesellschaften zinslose oder zinsermäßigte Kredite beschaffen. ...

Über den Umfang ihrer Tätigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Not unter den Juden, geben folgende Zahlen Auskunft: Die Arbeitsvermittlung der jüdischen Wirtschaftshilfe bearbeitete allein unter den kaufmännischen Berufen 1933*: 59.000,* 1934*: 85.000,* 1935*: 78.000,* 1936*: 71.000 Fälle. ...*

Anfang 1937 wurde die gesamte deutsche Arbeitsvermittlung zentralisiert und die jüdische aufgelöst." [47)]

---

44) Jeshajahu Leibowitz, "Gespräche über Gott und die Welt", Frankfurt/M 1990, S. 96 -97.

45) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", aaO. S. 55.

46) Rita Thalmann / Emmanuel Feinermann, "Die Kristallnacht", Frankfurt/M 1988, S. 13.

47) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Berlin - Frankfurt - Zürich 1966, S. 94.



Martin Buber in der Singakademie, Berlin 1935



Veranstaltung in der Synagoge Prinzregentenstr., Berlin 1935. In der 2. Reihe von oben -- barhäuptig -- zwei Gestapomänner.

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen" aaO. S. 411 + 410.

Die Nürnberger Gesetze erfüllten auch alte zionistische Forderungen

Interview mit dem Präsidenten der Staatszionistischen Organisation und Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Volkspartei, Georg Kareski,

veröffentlicht im Organ des Reichspropagandaministeriums, Dr. Goebbels, *Der Angriff*, am 23. Dezember 1935

"**1. Frage**: Es ist Ihnen bekannt, Herr Direktor Kareski, daß unser Führer und Reichskanzler bei der Begründung der Nürnberger Gesetze der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß durch diese einmalige säkulare Lösung vielleicht doch eine Ebene geschaffen werden kann, auf der es dem deutschen Volke möglich wird, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk finden zu können. Sie sind als führende Persönlichkeit der staatszionistischen Bewegung stets für eine scharfe Trennung zwischen deutschem und jüdischem Volkstum auf der Basis gegenseitiger Achtung eingetreten.

Antwort: Das ist richtig. Ich habe seit vielen Jahren eine reinliche Abgrenzung der kulturellen Belange zweier miteinander lebender Völker als Voraussetzung für ein konfliktloses Zusammenleben angesehen und bin für eine solche Abgrenzung, die den Respekt vor dem Bereich eines fremden Volkstums zur Voraussetzung hat, seit langem eingetreten.

Judenschule längst gefordert

2. Frage: Darf ich Sie bitten, mir Ihre Ansichten über die auf Grund der Nürnberger Gesetze geschaffene Situation für das kulturelle Eigenleben der Juden in Deutschland darzulegen?

Antwort: Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, von ihren staatsrechtlichen Bestimmungen abgesehen, ganz in der Richtung auf diese Respektierung des beiderseitigen Eigenlebens zu liegen. Namentlich, wenn die bereits kurz vorher angekündigte Neuordnung des Volksschulwesens mit in Betracht gezogen wird. Die jüdische Schule ist eine alte politische Forderung meiner Freunde, weil sie für die Erziehung des seiner Art und Tradition bewußten jüdischen Menschen ganz einfach unentbehrlich ist.

3. Frage: Bestanden nicht schon bisher in großem Umfang in Deutschland jüdische Schulen?

Antwort: Vor dem 30. Januar 1933 ging nur eine Minderheit jüdischer Schüler in jüdische Schulen. Die Entwicklung der jüdischen Schule litt einmal unter der Abneigung vieler meiner jüdischen Volksgenossen, ihre Kinder aus dem allgemeinen Leben ihrer Umgebung auszusondern, sodann aber auch unter der Kostenfrage. Während der Unterricht an den allgemeinen Volksschulen unentgeltlich war, mußten Gemeinden oder andere Schulpatronate die gesamten Kosten der Schule selbst aufbringen. Nach dem 30. Januar 1933 ist die Zahl der jüdischen Schüler erheblich gewachsen, jedoch gibt es immerhin noch Tausende jüdischer schulpflichtiger Kinder (in Berlin schwanken die Schätzungen zwischen 3.000 und 4.000), welche die allgemeinen Volksschulen besuchen und infolgedessen einer intensiven jüdischen Erziehung entbehren. Der Aufbau dieses umfassenden jüdischen Schulwerks, wenn es wirklich auf eine jüdische Erziehung Wert legt und sich nicht darauf beschränkt, daß jüdische Lehrer jüdische Schüler in allgemeinen Wissensgebieten unterrichten, muß die Grundlage für eine artgemäße Erwachsenenbildung abgeben.

Pflege spezifisch jüdischer Kultur

4. Frage: Und von wem und von welcher Organisation soll diese Erwachsenenbildung durchgeführt werden? Bestehen hier schon irgendwelche Forderungen, Pläne oder organisatorische

Ansätze?

Antwort: Nach dem Umbruch ist die auch früher vorhandene Zahl jüdischer Bildungsmöglichkeiten wesentlich vermehrt worden. Es kann sogar vielleicht von einer gewissen Überzahl solcher Institutionen gesprochen werden, deren Zusammenfassung für die Wirkung nur nützlich sein könnte. Eine solche Zusammenfassung ist jetzt durch die Schaffung des Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde erfolgt. Sie wird, ohne die Vielseitigkeit der Bildungsmöglichkeiten zu beeinträchtigen, eine bessere Rationalisierung ermöglichen und Überschneidungen verhindern können.

5. Frage: Welchen Inhalt wird denn diese spezifisch jüdische Erwachsenenbildung haben?

Antwort: Diese Institutionen müssen den Juden in Deutschland Ersatz schaffen für das, was beispielsweise in den Volkshochschulen ihnen früher zugänglich war; darüber hinaus aber und, wie ich glaube, sogar in erster Linie, den Hörern jüdisches Kulturgut vermitteln. Auch jüdische Theatervorstellungen dürfen nicht einfach eine Nachahmung des üblichen Theaters, wenn auch mit jüdischen Schauspielern und jüdischen Zuschauern, darstellen, sondern sie müssen bei der Auswahl der aufzuführenden Stücke, ohne die Kulturgüter anderer Völker etwa grundsätzlich auszuschließen, solche Werte bevorzugen, die von jüdischen Autoren geschaffen sind oder deren Stoffgebiete jüdischem Empfinden nahestehen.

6. Frage: Stehen Ihnen denn für diese Kulturarbeit im jüdischen Volkstum genügend Kräfte zur Verfügung?

Antwort: Ich glaube, daß unter den gegebenen Umständen sich schöpferische Kräfte in stärkerem Maße als bisher zeigen werden. Für die künstlerische Wiedergabe stehen sicherlich genügend Kräfte zur Verfügung, wenn, wie es jetzt nach der organisatorischen Zusammenfassung aller jüdischen Künstler im Kulturbund der Fall sein wird, ein ausreichender Überblick möglich ist. Ich möchte allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß ich künstlerische Gesichtspunkte nicht losgelöst von jüdisch-völkischen Gesichtspunkten gelten lassen würde. Ich glaube, daß gerade der sein eigenes Volkstum restlos bejahende Deutsche Verständnis dafür haben wird, wenn das jüdische Volk lieber ein Minus an künstlerischer Leistung in Kauf zu nehmen bereit ist, als einen Verlust an Würde und Selbstachtung, wie er entstehen würde, wenn man für kulturelles Schaffen sich solcher Kräfte bedienen würde, die der eigenen jüdischen Art bisher nicht die erforderliche Achtung entgegengebracht haben.

Mischehen auch jüdische Sorge

7. Frage: Es ist Ihnen, Herr Direktor Kareski, als gutem Kenner der nationalsozialistischen Ideengänge bekannt, daß nach deutscher Auffassung die eheliche Gemeinschaft zweier Menschen eine hohe sittliche Aufgabe und auch ein kulturelles Element ersten Ranges bedeutet. Das Verbot von Mischehen hat daher, ganz abgesehen von der rassenpolitischen Bedeutung, auch in kultureller Hinsicht einen wichtigen Aspekt. Was haben Sie hierzu vom jüdisch-völkischen Standpunkt aus zu sagen?

Antwort: Die ungeheure Bedeutung eines gesunden Familienlebens bedarf auf jüdischer Seite keiner Erläuterung. Wenn das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit trotz fehlender Siedlungsgemeinschaft und sprachlicher Einheit bis heute erhalten hat, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Seine Rasse und die starke Stellung der Familie im jüdischen Leben. Die Lockerung dieser beiden Bindungen in den letzten Jahrzehnten war auch auf jüdischer Seite Gegenstand ernster Sorge. Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefördert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen. Für die Schaffung eines jüdischen Staatswesens in Palästina behalten diese beiden Faktoren, Religion und Familie, eine entscheidende Bedeutung.

8. Frage: Die Auffassung der maßgeblichen staatlichen Stellen in Deutschland, daß eine grundsätzliche Diffamierung des jüdischen Volkstums als Ganzes der deutschen Rassengesetzgebung und dem deutschen Volkscharakter fernliegt, ist Ihnen bekannt. Wirkliche kulturelle Leistungen von jüdischer Seite werden, wenn erst das Überwuchern fremden Geistes in Deutschland überall überwunden ist, sicher wieder vorurteilslos gewürdigt werden können, wenn sie auf Interesse stoßen und auf jede Tarnung, die in Deutschland mit Recht als charakterlos empfunden wird, verzichten. Glauben Sie, daß die sich aus der vollzogenen reinlichen Scheidung der beiden Kulturkreise ergebenden Grenzen nun in Zukunft auch von jüdischer Seite aus respektiert werden?

Antwort: Die jüdisch-national empfindenden Kreise haben auch früher schon den mangelnden Respekt vor dem Kulturbereich anderer Völker, auch des deutchen Volkes, bekämpft. Die durch sichtbare Regierungsmaßnahmen eröffnete Möglichkeit eines kulturellen Eigenlebens der Juden in Deutschland wird über diesen Kreis hinaus alle verantwortungsbewußten Juden zur Respektierung der Grenzen völkischen Eigenlebens veranlassen. Der jüdische Conferencier von ehemals, der ernsteste Dinge eigenen und fremden Volkstums in den Schmutz zog, dürfte seine Rolle im jüdischen Leben unserer Tage ausgespielt haben. Es wird auch in jüdischen Kreisen sicherlich nicht mehr als tragbar empfunden werden, daß z.B. getaufte oder ungetaufte jüdische Redakteure ausgerechnet über Wahlen in christlichen Kirchengemeinden geschrieben haben. Dieses für alle Beteiligten unerfreuliche Kapitel dürfte für alle Zeiten nunmehr als abgeschlossen gelten können, um so mehr, als nach meiner Ansicht die natürliche Entwicklung der Dinge in Zukunft zu einem immer stärkeren Hervortreten derjenigen Kräfte und Ideen des jüdischen Volkes führen muß, die fest im jüdischen Volkstum wurzeln."

Selbst die alte jüdisch-orthodoxe Zeitung in Deutschland ***Israelit*** fand im »Blutschutzgesetz« nicht nur negative Züge:

"Wer sich durch Mischehe vom Glauben und Gesetz seines Volkes abgewandt hat, könne im Sinne der Thora nicht mehr als einer der Unsrigen gelten. Die jüdische Orthodoxie habe von jeher die Mischehe als vollendeten Abfall vom Judentum bekämpft und erst recht jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden. In einem Aufruf des Verbandes orthodoxer Rabbiner Deutschlands hieß es, wer die Sittenreinheit verletze, entweihe den Namen Gottes und gefährde damit das jüdische Volk. Unsittlichkeit, ob mit Juden oder Nichtjuden, sei in unserer Religion stets ein Verbrechen gewesen." [48]

48) Herbert Freeden, "Die jüdische Presse im Dritten Reich", Frankfurt/M, Jüdischer Verlag bei Athenäum 1987, S. 128 - 129.

Von erheblichem Interesse fand der ***Israelit*** die ausdrückliche Erlaubnis des Zeigens der »jüdischen Farben«, wofür der staatliche Schutz zugesichert wurde.

"Am bedeutendsten erschien dem Blatt die Erklärung, daß »den Juden in Deutschland Möglichkeiten ihres völkischen Eigenlebens auf allen Gebieten eröffnet würden«, wobei es die Hoffnung ausdrückte, daß die spezifisch religiösen Interessen und Institutionen Stärkung und Festigung erfahren würden. ...

So ist es nicht verwunderlich, daß die Zeitung den Erlaß des Reichserziehungsministeriums, der zum 1. April 1936 die Aussonderung der nichtarischen Kinder aus den öffentlichen Volksschulen und ihre gleichzeitige Einschulung in besondere Volksschulen für Juden und Nichtarier anordnete, »vom Standpunkt des orthodoxen Judentums ... aufs wärmste begrüßte«, das aus weltanschaulichen Gründen seit Jahren besondere Schulen gefordert und vielfach unter finanziellen Opfern gegründet und erhalten habe." [48)]

Die ***Jüdische Rundschau*** druckte am 17. September 1935 folgenden Kommentar:

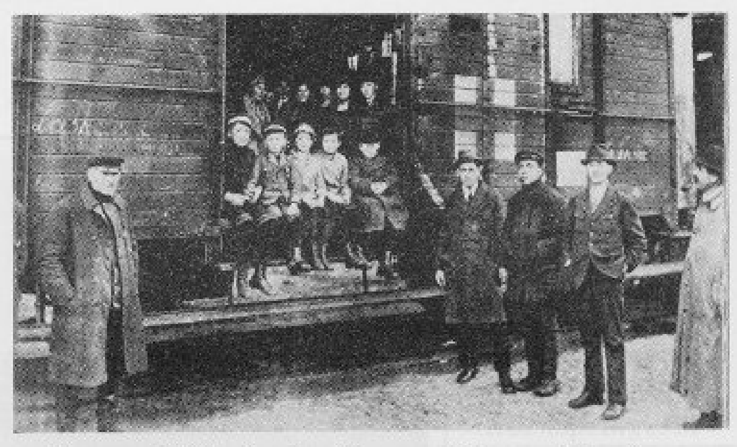
"Deutschland kommt den Forderungen des Welt-Zionistenkongresses entgegen, als es erklärte, die jetzt in Deutschland lebenden Juden seien eine nationale Minderheit. Sind die Juden nunmehr als nationale Minderheit anerkannt, ist es wieder möglich, normale Beziehungen zwischen der deutschen Nation und der Judenheit aufzunehmen. Die neuen Gesetze gewährleisten der jüdischen Minderheit ihr eigenes kulturelles und nationales Leben. Künftig wird sie in der Lage sein, ihre eigenen Schulen zu haben, ihre eigenen Theater und ihre eigenen Sportvereine. Kurz gesagt, sie kann sich in allen Bereichen des nationalen Lebens ihre eigene Zukunft gestalten.

Deutschland hat der jüdischen Minderheit die Gelegenheit gegeben, für sich selbst zu leben, und bietet staatlichen Schutz für dieses getrennte Leben der jüdischen Minderheit: Der jüdische Wachstumsprozeß in eine Nation wird hierdurch ermutigt, und so ist ein Beitrag für die Schaffung toleranterer Beziehungen zwischen zwei Nationen geleistet." [49)]

Dies -- man muß es unterstreichen -- veröffentlichten jüdische Zeitungen in Deutschland bzw. erklärten maßgebende jüdische Vertreter in Deutschland 2 - 3 Jahre **nach** der im ***Daily Express*** verbreiteten Kriegserklärung an Deutschland (24.3.1933) und 1 - 2 Jahre nach der im New Yorker Madison Square Garden veranstalteten öffentlichen Verurteilung Hitlers "im Namen der Zivilisation" (7.3.1934).[50)]

Ein Vergleich der Nürnberger Gesetze 1935 mit den Gesetzen im Staate Israel nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt deutlich, daß Gesetze und Praxis in Israel nicht nur mit den 1935 beschlossenen Grundsätzen der NSDAP für das deutsche Volk gleichziehen, sondern noch weit darüber hinausgehen. Fremdvölkischen gewähren sie keine oder nur außerordentlich eingeschränkte Lebensrechte. Daß Ehen zwischen Juden und Nichtjuden dort verboten sind, gilt als selbstverständlich.

Im übrigen schien die Wirkung der Nürnberger Gesetze *"zunächst äußerlich beruhigend zu sein"*, zumal sie



Transport jüdischer Familien aus Polen nach Danzig zur Auswanderung in die USA, 1939.

-- Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen", aaO. S. 425.

keinerlei die Wirtschaft betreffende Bestimmungen enthielten:

"Nachdem die Ausschreitungswelle bereits Anfang September etwas abgeflaut war, ließ sie nach dem Erlaß der Gesetze weiter nach. Heß erwähnte noch auf dem Reichsparteitag in einer internen Rede vor Gau- und Kreisleitern:

'Wenn der Führer befohlen hat, daß nach den Judengesetzen jede Einzelaktion zu unterbleiben hat, so erwarte ich, daß Sie alles tun, daß der Befehl des Führers befolgt wird.'

Am 29. September erklärte endlich auch Goebbels, die Judenfrage werde vom Staat gelöst, und wer nach Annahme der Nürnberger Gesetze noch auf eigene Faust Exzesse verübe, werde zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Bemerkung war zur Beruhigung der Öffentlichkeit bestimmt und rechtfertigte im übrigen alle Exzesse, die vor dem 15. September stattgefunden hatten. Ähnlich äußerte sich dann auch Streicher am 4. Oktober auf einer Sportpalastkundgebung der DAF in Berlin." [51)]

Zu ergänzen wäre, daß die Nürnberger Gesetze zu keinem Anwachsen der Auswanderung geführt haben.[52)] Im Gegenteil sind 1934/1935 Tausende jüdischer Emigranten nach Deutschland zurückgekehrt.

In Israel ist gesetzlich die Staatsbürgerschaft von der Zugehörigkeit zur jüdischen Religion abhängig.[53)] Ausgerechnet diese Leute haben jahrzehntelang Krieg gegen Deutschland "der Humanität und Zivilisation wegen" geführt, weil man im Dritten Reich Menschen mit fremden Loyalitätsbindungen (hauptsächlich Juden) Beamten- und Staatsstellungen und später die **Reichs**bürgerschaft verweigert, indessen die **Staats**bürgerschaft völlig unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit zuerkannt hat. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß im Moralgefüge dieser Welt zwischen Deutschen und Juden unterschiedliche Bewertungskriterien verankert sein sollen!

In bundesrepublikanischer Praxis werden Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die sich einer der vom Dienstherrn willkürlich als "rechtsextremistisch" bezeichneten Partei angeschlossen haben, gar nicht erst aufgenommen oder kurzerhand aus dem Dienst entfernt. Hierfür bedarf es keiner "Nürnberger Gesetze". Das geschieht still und leise auf dem Verwaltungsweg, ohne daß die Weltpresse "Humanität, Demokratie oder Zivilisation bedroht" sieht!

49) ***Jüdische Rundschau***, 17.9.1935, zitiert nach: Yitzhak Arad /Y. Gutman / A. Margaliot (Hrsg.), "Documents on the Holocaust", Jerusalem: Yad Vashem, 1981, S. 82 - 83.

50) Vgl. ***HT*** Nr. 39, S. 40, deutscher Text in Nr., 54, S. 40; vgl. ***HT*** Nr. 54, S. 3 ff.

51) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", aaO. S. 115.

52) Rita Thalmann / Emmanuel Feinermann, "Die Kristallnacht", aaO. S. 13.

53) Norman F. Dacey , "»Democracy« in Israel", Torrance/California o.J. S. 16.

Sport nach 1933

"Daß die Olympischen Spiele für 1936 nach Berlin vergeben wurden, erreichte Staatssekretär Theodor Lewald (1860 - 1947), Deutschlands Vertreter beim IOC, der zusammen mit Carl Diem die Deutsche Hochschule für Leibesübungen gegründet hatte (1920).

Bei Eröffnung der Olympischen Spiele schritt er zusammen mit dem Präsidenten des IOC, Graf Baillet-Latour, und Generalleutnant Schaumburg die Front des Ehrenbataillons ab.





Die jüdische Gemeinde zu Berlin besaß im Grunewald (Berlin) einen eigenen Sportplatz:
links: *Die Tribüne für Ehrengäste 1934*
rechts: *Finale im 100 m Lauf 1936."*
Quelle: "Juden in Preußen", Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, aaO. S. 412 + 413.



Im Damen-Fechten errangen 1936 drei Frauen jüdischer Herkunft die Medaillen: Gold Ilona Elek-Schacherer (Ungarn), Silber Helene Mayer (rechts, Deutschland), Bronze Ellen Preis (links, Österreich).



Auch zum Thema jüdischer Sport während des Dritten Reiches empfiehlt es sich, historische Erinnerungen aus jüdischer Feder heranzuziehen, um hiermit die Objektivität der Darstellung zu gewährleisten und darüber hinaus Aspekte des vielgestaltigen Lebens einer größeren Öffentlichkeit wieder ins Bewußtsein zu rufen, die von der allgemeinen kriegspropagandistischen Desinformations-Literatur jahrzehntelang verschüttet worden sind. Die nachfolgend zitierten Ausführungen sind zwar kein Beweis für die Sachlichkeit der anderweitigen Auslassungen von Arnold Paucker, doch vermitteln sie immerhin zahllose Anregungen und Informationen, mit denen man sich auseinanderzusetzen hat:

"Als man 1934 auf höhere Anordnung den Reichsausschuß jüdischer Sportverbände gründet, ist es eine ungeplante Hauptaufgabe, in die weltanschaulichen Auseinandersetzungen schlichtend einzugreifen und den »Sportfrieden« (zwischen den jüdischen Gruppierungen, -- d. Verf.) wiederherzustellen.

Die Verstärkung der jüdischen Sportverbände führt trotz der widrigen Umstände zu einer erstaunlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit. Der Zuwachs von 20.000 sportlich geübten Mitgliedern macht sich bemerkbar. Die sportlichen Aktivitäten erreichen 1934/1935 ein nie gekanntes Ausmaß, von dem die deutsche Öffentlichkeit allerdings nichts erfährt. ...

Mit zuversichtlichem Elan veranstaltet Makkabi seine Sportfeste und Meisterschaften. Daß sie bei Anhängern und Gemeindemitgliedern große Resonanz finden, zeigt die Anwesenheit von 8.000 Zuschauern bei den Leichtathletik-Meisterschaften in Berlin. Durch die Umrahmung mit Symbolen, Liedern und Reden werden diese Feste zu Demonstrationen jüdischen Selbstbewußtseins. Im Vorfeld der Olympischen Spiele müssen es die Behörden sogar zulassen, daß Wettkämpfe mit Mannschaften aus Wien und Jerusalem ausgetragen werden. Es fehlt auch nicht an leistungsfähigem Nachwuchs: bis 1938 werden Junioren-Meisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises veranstaltet.

Trotz seiner Isolierung bleibt auch der jüdische Schulsport auf der Höhe. ...

Am letzten Schul-Sportfest der Berliner Jüdischen Gemeinde im Jahre 1938 beteiligen sich 6.000 Schüler und Schülerinnen, deren Begeisterung in Foto-Dokumenten zum Ausdruck kommt[54] ...

23 Vereine betreiben den Boxsport, der entgegen der antisemitischen Karikatur im jüdischen Sport eine Vorzugsstellung einnimmt. 3.000 aktive Tennisspieler betätigen sich in 35 Vereinen. In beiden Sportarten veranstaltet der Schild jährliche Reichsmeisterschaften. Stimulierend wirkt auch die ständige Rivalität der jüdischen Sportverbände. ...

Durch die vermeintliche Chance, sich für die deutsche

54) Wiedergabe auf einer Tafel zum »Existenzkampf des Jüdischen Sports« im Rahmen der Ausstellung 'Der Sport im nationalsozialistischen Deutschland' anläßlich der Woche des Sports während der Ruhrfestspiele Recklinghausen 1983.

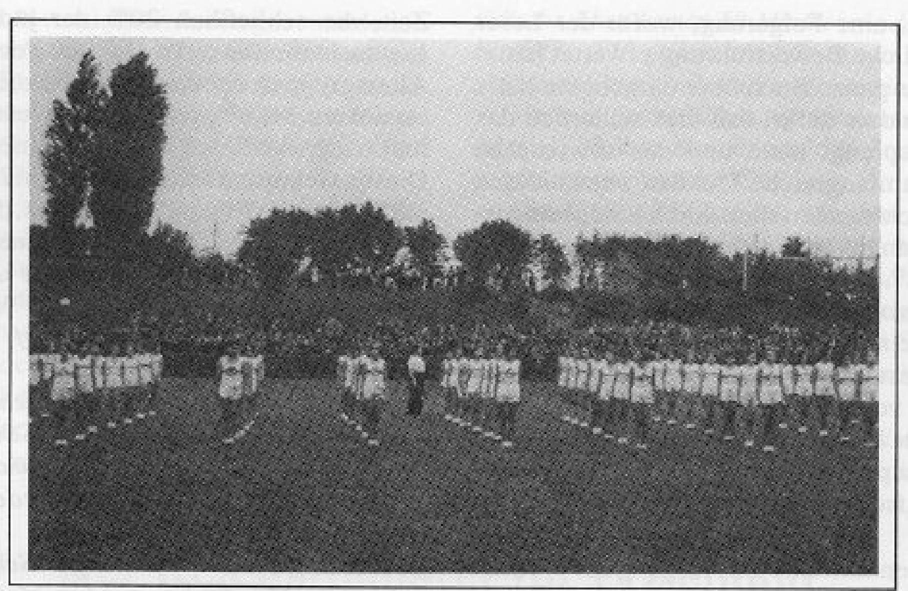
Olympiamannschaft zu qualifizieren, erhält der sportliche Ehrgeiz weiteren Auftrieb.

Die Verantwortlichen müssen jedoch einsehen, daß die leistungssportliche Motivation nur symbolische Bedeutung hat. Die Ausdrucksfunktion erschöpft sich mit dem Anwachsen der Emigration, die den jüdischen Leistungssport allmählich aushöhlt. ...

50.000 Menschen haben in den jüdischen Sportvereinen Geborgenheit gefunden , von der Gestapo beobachtet, aber doch geduldet. ...

Unter diesen Vorzeichen gelingt es tatsächlich einigen jüdischen Sportlern, die olympischen Normen zu erreichen. Den Sportbehörden bleibt nichts anderes übrig, als sie zu Prüfungskämpfen zuzulassen. Die jüdische Sportpresse begleitet ihre Erfolge mit optimistischen Kommentaren. Um die zugesicherte Chancengleichheit zu demonstrieren, wird für jüdische Leichtathleten sogar ein olympisches Schulungslager eingerichtet. Im Endstadium der Ausscheidungen werden jedoch Bedingungen geschaffen, an denen das Leistungsvermögen jüdischer Kandidaten scheitern muß: der psychischen Belastung durch feindselige Zuschauermassen sind sie nicht gewachsen. Schließlich steht nur noch eine Sportlerin zur Diskussion: die Hochspringerin Gretel Bergmann, die bei den Prüfungskämpfen eine Jahresbestleistung erreicht und 1936 den deutschen Rekord aufstellt. Dieses Faktum bringt den Deutschen Olympischen Ausschuß und seinen Präsidenten in große Verlegenheit. Man hilft sich durch eine unfaire Manipulation, indem man für den olympischen Hochsprungwettbewerb nicht 3, sondern nur 2 deutsche Teilnehmerinnen meldet.[56]

Siegerin im Hochsprung wird die ungarische Jüdin Ibola Csak. Die Ironie der Geschichte will es, daß im nationalsozialistischen Berlin zahlreiche jüdische Athleten zu Siegerehren gelangen. Ungarn stellt allein 4 jüdische Olympiasieger. Unvergeßlich bleibt das Bild von der Ehrung der Fechterinnen: neben Helene Mayer stehen zwei Jüdinnen auf dem Siegerpodest im Olympiastadion."[57]



Sportfest Jüdische Schulen, Breslau 1938
-- Joseph Walk, "Jüdische Schule im Dritten Reich", Frankfurt/M 1991, S. 106.

Jüdische Schulpolitik des Dritten Reiches

Ein wesentlicher Lebensbereich im innenpolitischen Geschehen des Dritten Reiches ist bisher auf Grund schwieriger Quellensituation so gut wie nicht behandelt worden; er bedarf jedoch einer ausgiebigen Darstellung. Möglich geworden ist dies nunmehr durch die fleißige, umfassende und -- man muß dies zu Ehren des jüdischen Autoren[55] betonen -- emotionsfreie Arbeit von Joseph Walk, "Jüdische Schule im Dritten Reich", Frankfurt/M 1991 (371 S.), Verlag Anton Hain, Meisenheim GmbH. Dem Verfasser ist bekannt, daß Joseph Walk noch ein anderes Buch geschrieben hat, das dem Sonderrecht für Juden im Dritten Reich gewidmet ist, und das sich ebenfalls als Dokumentation versteht. Diese Bücher sind zweifellos wissenschaftlich ernst zu nehmen und heben sich mit Abstand von der Vielzahl anderer Werke, die Judenpolitik des Dritten Reiches betreffend, ab.

Zwei wesentliche Einwände bleiben allerdings auch hier, was gewiß von einem Betroffenen in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage nicht anders zu erwarten war:

1.) Joseph Walk hat die "Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich" völlig abgehoben von allen außenpolitischen Zusammenhängen und Entwicklungen, somit auch Veranlassungen, die zu den schulpolitischen und schließlichen Deportationsmaßnahmen 1941/1942 geführt haben.

2.) Mit Auflösung der jüdischen Schulen zum 30.6.1942 im Reichsgebiet durch Geheimerlaß des Reichserziehungsministers Rust hat Joseph Walk die Übersicht mit der Kurzformel "*geplante Endlösung, Vernichtung des*

55) 1914 in Breslau geboren, Besuch jüd. Volksschule, Absolvent jüd. Lehrerseminars, 1933 - 1936 Lehrer und Erzieher in Deutschland, seit 1936 in Israel lebend.

56) Die Richtigkeit dieser Angabe konnte Verf. nicht überprüfen. Er hält sie jedoch für fragwürdig, zumal Arnold Paucker wiederholt darauf verweist, wie intensiv sich insbesondere die USA-Vertreter des Internationalen Olympischen Komitees um die Einhaltung fairer Spielvoraussetzungen gegenüber den deutsch-jüdischen Sportlern gekümmert haben. Außerdem überzeugt das Argument nicht, daß man mittels einer Reduzierung von 3 Kandidaten auf 2 angesichts internationaler Kontrolle die beste ausscheiden könnte. Daher befriedigt auch der Quellenhinweis für diese Behauptung auf Hajo Bernett, "Untersuchungen zur Zeitgeschichte des Sports", Schorndorf 1973 nicht. A. Paucker berichtet auch nachweislich falsch, wenn er im folgenden Abschnitt behauptet, *"Ehrung der Fechterinnen: neben Helene Mayer stehen zwei Jüdinnen auf dem Siegerpodest im Olympiastadion"*. Auch die Silbermedaillengewinnerin Helene Mayer war Jüdin, die dritte! Vgl. Bildtext S. 20.

57) Arnold Paucker, "Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland", Tübingen 1986, S. 230 - 235.

Judentums" beendet, eine Folgerung, wofür der Leser eine ebenso ausführliche Beweisführung erwartet hätte, wie der Autor sie das ganze Buch über dargeboten hat.

Bei allem Verständnis dafür, daß dies sicherlich das gestellte Thema gesprengt hätte und das sowjetische Herrschaftssystem umfangreiche Quellen verschlossen gehalten hat oder Archivmaterialien durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sind, so hätten doch die für den Zeitabschnitt vom 1.7.1942 bis zum 8.5.1945 vom Autoren Joseph Walk gezogenen Folgerungen nicht so apodiktisch und allgemein gezogen werden dürfen, sondern hätten dann zumindest offen bleiben müssen.

Doch abgesehen von diesen Vorbehalten hat Joseph Walk eine Fülle von Fakten zusammengestellt, die zur Beurteilung der innenpolitischen Verhältnisse im Dritten Reich doch recht aufschlußreich sind. Gehen wir sie im einzelnen durch:

Das deutsche Judentum hatte am Ausgang der Weimarer Republik auf eine traditionsreiche und ausgebaute bzw. verzweigte gesellschaftliche Stellung ihrer Gemeinden im deutschen Staat zurückblicken können, wobei sein Einfluß auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur gerade in jenen Jahren stärker denn je auf Grund der Novemberrevolution von 1918 bzw. der Kapitulation des deutschen Kaiserreiches infolge des verlorenen Ersten Weltkrieges angewachsen war. (Dieses Thema kommt bei Joseph Walk zweifellos zu kurz).

Bestandslage im Jahre 1933:

Die Weimarer Verfassung hat im 4. Kapitel, § 142 - 150 die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder -- ungeachtet des religiösen Bekenntnisses -- bis zum 8. Schuljahr und für die anschließende Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahr festgelegt. Bekenntnisschulen blieben der Aufsicht des Staates unterstellt.

"Für den Status der jüdischen Schüler und Schulen war von besonderer Bedeutung, daß die direkte Verantwortung für das Erziehungswesen in den Händen der Länder und Gemeinden lag, die diese Funktion zwar im Rahmen der Reichsverfassung ausübten, in der Praxis aber die Erziehungspolitik weitgehend autonom bestimmen konnten. Hieraus erklärt sich die von Land zu Land oft weitgehend unterschiedliche Behandlung der Konfessionsschule, die jüdischen Schulen inbegriffen." (S. 47)

In Berlin (dort 80% der deutschen Juden in 6 von 20 Verwaltungsbezirken, in Berlin-Wilmersdorf = 13,5%) lebten 31% der deutschen Juden, weitere 20% in Frankfurt/M, Breslau, Hamburg, Köln; Leipzig, München, weniger als ein Fünftel in Kleinstädten unter 15.000 Einwohnern.

Schon während der Weimarer Zeit machte sich ein erheblicher Geburtenrückgang bemerkbar. Aus der statistischen Übersicht ergibt sich, daß z.B. in Preußen in den Jahren von 1925 bis 1932 = 45.649 Sterbefällen nur 27.242 Geburten gegenüberstanden. Auf das Reich übertragen: 1925 lebten im Reichsgebiet 564.379 (0,9% der Bevölkerung Deutschlands) Juden, im Jahr 1933 (0,77% der Bevölkerung) = 499.652.

Joseph Walk bestätigt, daß selbst diese Zahl nur erreicht worden ist durch den unerwarteten, und vielfach auch von den Juden selbst unerwünschten Zuzug kinderreicher ostjüdischer Einwanderer während der Weimarer Zeit, die schließlich 20% der jüdischen Bevölkerung ausmachten, was cirka 100.000 Personen bedeutete. Die Altersgruppen der deutschen Bevölkerung bis 20 Jahren erreichten 36,3%, jene der in Deutschland lebenden -- incl. zugewanderten -- Juden einen Anteil von 25,2%. Diesen Geburtenrückgang bis zum Jahre 1933 führt Walk auf Folgen des Ersten Weltkrieges, den verstärkten Drang in die Großstädte und die allgemeine Wirtschaftskatastrophe in Deutschland zurück. *"Die unaufhaltsame Landflucht bedrohte"* -- schon in der Weimarer Republik -- *"die Existenz der jüdischen Dorf- und Kleinstadtschulen."*

"Noch bestanden jüdische Volksschulen in allen deutschen Ländern, welche die konfessionelle Schule zuließen, doch ihre Schülerzahl schrumpfte zusehends, und die Mehrzahl der Gemeinden mußte sich mit ungegliederten Schulen begnügen. ...

Ein Großteil der einklassigen Schulen, deren Schülerzahl nicht über 20 hinausging, stand vor der Auflösung und mußte zumindest mit der Annulierung des öffentlichen Status rechnen. Allein in Hessen-Nassau wurden im Jahre 1932 nicht weniger als 5 der 39 staatlich subventionierten jüdischen Volksschulen geschlossen." (S. 21 - 22)

Von den 148 öffentlichen und privaten jüdischen Volksschulen im Reich hatten -- einer jüdischen Quelle zufolge[58] -- 43 weniger als 10 Schüler, 49 unter 20 Schüler, während nur in Preußen (13) und Hamburg (2) solche Schulen von über 200 Schülern besucht wurden (S. 22), = insgesamt 12.000 Volksschüler, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß

"der wachsende Einfluß der schulischen Erziehung auch auf den Aus- und Aufbau des jüdischen Schulwerkes in den Jahren 1933 - 1938 zurückzuführen ist." [59]

Die Deutschen Statistischen Jahrbücher für das Reich wiesen für 1922 = 207 öffentliche jüdisch-konfessionelle (also ohne private) Volksschulen (1927 = 124; 1932 = 79), 453 Lehrer (1927 = 333; 1932 = 306) und 23.333 Schüler (1927 = 19.956; 1932 = 28.639) aus. (S. 22) Für 1932 wären noch die Volksschüler in jüdischen Privatschulen mit 5.888 zuzurechnen.

Für das Reichsgebiet werden 1932 genannt: Jüdische Oberschüler: Knaben 12.500, Mädchen 8.500 (davon allein in Preußen etwa 17.000 Schüler); 10 höhere jüdische Schulen (je 2 in Berlin, Hamburg, Frankfurt/M und je 1 in Breslau, Köln, Leipzig, Fürth) mit insg. 3.000 Schülern (S. 25).

Als Prozentsatz der jüdischen Studenten an deutschen Universitäten wird im Vergleich zu den nicht-jüdischen deutschen Studenten für 1932 = 4,7%, für 1930 = 5,08%, für 1911 = 8%, für 1887 = 9,6% genannt. Wie sich in diese Zahlen die 7 Talmude Thora und die 4 Jeschiwot (Talmud-Hochschulen), die es in Deutschland auf Veranlas-

---

58) Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.), "Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland, 1933 - 38", Berlin 1933. 1925 erschien das "Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland" und 1928/29 "Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland".

59) Arnold Paucker (Hrsg.), "Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933 - 1945", aaO. S. 239, 240 + 244, Hier: Aufsatz Joseph Walk, "Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand".

sung der polnischen und russischen Juden gab, auf denen lediglich das religiöse Schrifttum zu studieren war, und die 3 Rabbinerseminare Deutschlands (das konservativ jüdisch-theologische in Breslau, das orthodoxe in Hildesheim und die liberale Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, Berlin) in die genannten Zahlen einordnen, konnte Verf. nicht feststellen.

Lediglich das katholische Zentrum hatte sich während der Weimarer Zeit für die konfessionell-jüdische Schule eingesetzt, trotz der Tatsache, daß die tragenden Parteien der Weimarer Republik nachhaltig judenfreundlich waren. Selbst die SPD hatte erhebliche Staatsbeihilfen gekürzt, so daß *"nur noch 60 von 900 Gemeinden einen eigenen Rabbiner halten konnten"* (S. 17 + Fußnote 31).

"Mischehen fügten der deutschen Judenheit weitere Verluste zu, die ihren Höhepunkt im Jahre 1930 erreichten: auf 100 rein jüdische Ehen kamen 58 Mischehen, deren (ohnehin wenige) Kinder -- 0,58 gegenüber 1,69 in rein jüdischen Familien -- größtenteils dem Judentum verloren gingen." (S. 17)

Viele jüdische Eltern nahmen aus eigenem Antrieb seit April 1933 ihre Kinder aus den deutschen Schulen und gaben sie in jüdische.[60]

"Im Jahre 1937 hatte der Ausbau des jüdischen Schulwerks seinen Höhepunkt erreicht: trotz Schließung und Zusammenlegung jüdischer Zwergschulen und abnehmender Zahl der jüdischen schulpflichtigen Kinder hatte das jüdische Schulwerk nahezu 24.000 Schüler aufgefangen, d.h. nahezu 2/3 aller jüdischen Schulkinder dieser Altersstufen. ...

Die Erziehung ist eindeutig auf die Durchdringung der Schule mit jüdischem Geist ausgerichtet". [59)]

Der Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung

Trotz der seit dem Ermächtigungsgesetz in Gang gesetzten neuen Verhältnisse hing vieles von den Personen ab, die vor Ort die Praxis gestalteten.

Für das Untersuchungsthema waren im Dritten Reich folgende Personen zuständig:

Bis Kriegsende maßgebend blieb hier der preußische und seit 1934 Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, **Bernhard Rust**, mit seinen Staatssekretären Bojunga (bis 1938), Prof. Dr. Werner Hohlfelder (ab 1938), Dr. Kurt Klamroth, seit 1936 Dr. Werner Zschintzsch, außerdem Rudolf Benze, Rudolf Mentzel und August Heißmeyer.

Die Beurteilung insbesondere von Bernhard Rust durch den Autor Joseph Walk sei hier festgehalten:

Seinem ganzen Wesen nach war er ein kultivierter Mann, großartiger Redner, im Freundeskreis als glühender Musikliebhaber bekannt.

"Die Haltung und das Vorgehen seiner Beamtenschaft entsprachen durchaus des Ministers Charakter, Einstellung und Weltanschauung. ...

Freunde wie Gegner kamen schließlich überein, daß Rust als Erziehungsminister ungeeignet sei. Die ihn näher kannten, fanden ihn »stinkfaul«, auch ließ er es seinen Untergebenen gegenüber an der nötigen Autorität fehlen. Vor allem aber gelang es ihm nicht, sich bei Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien durchzusetzen ...." (S. 43)

Seine Sekretärin bestritt die Negativpunkte dieser Beurteilung. Joseph Walk jedenfalls fährt fort:

"In der Praxis erwies sich der Erziehungsminister als gemäßigt und korrekt. Der »im Kern anständige« Rust hielt sich bei Ausführung des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« streng an die Weimarer Verfassung, bemühte sich (allerdings erfolglos), die Studenten von eigenmächtigem Vorgehen gegen ihnen unerwünschte Professoren zurückzuhalten, und stellte sich schützend vor eine Studentenverbindung, die sich weigerte, ihre jüdischen Kommilitonen auszuschließen. Auch in den Augen deutscher Schriftsteller, die mit ihm in Berührung kamen, galt Rust als »besonnener Mann unter den vielen neuen Herren«, dem man »unabhängig gegenübertreten« konnte, und Wissenschaftler durften vor ihm eine offene Sprache führen.

Den Juden gegenüber vertrat Rust die oben als gemäßigt gekennzeichnete Richtung, setzte sich also für die Ausschaltung des jüdischen Einflusses auf den deutschen Geist ein, war aber bereit, der jüdischen Minderheit Kultur- und Erziehungsautonomie zuzugestehen. In den von ihm unterzeichneten Richtlinien zur »Vererbungslehre und Rassenkunde im Unterricht« heißt es



Reichsminister und Chef der national-politischen Erziehungsanstalten Bernhard Rust am 5.7.1938 bei den Jungmannen im Reichslager Ahrenshoop an der Ostsee.

-- Foto: Bundesarchiv Koblenz

60) Nora Levin, "The Holocaust -- The Destruction of European Jewry 1933 - 1945", New York 1973, S. 64.

denn auch:

»Achtung vor der Eigenart der andersrassigen Völker ... nicht Schlechtigkeit ... sonders Andersartigkeit.«

Nicht zu übersehen ist auch seine positive Einstellung gegenüber dem Christentum, die mit einer radikal rassischen Ideologie nur schwer in Einklang zu bringen wäre.

Doch lassen wir auch hier am besten eine eidesstattlich belegte Begebenheit sprechen. Rusts Tochter Mechthild war die Mitschülerin einer Tochter des bekannten jüdischen Orientalisten Prof. Eugen Mittwoch und mit dieser so befreundet, daß der Direktor glaubte, ihr deswegen Vorhaltungen machen zu müssen. Kaum außer Hörweite, reagierte Mechthild auf die eben erfolgte Mahnung: »Ich werde mir doch nicht von diesem Dussel vorschreiben lassen, mit wem ich mich befreunde.« Eine solche Einstellung läßt auf die im elterlichen Hause herrschende Atmosphäre schließen und dürfte etwa in Goebbels' Familie kaum denkbar gewesen sein. Der Vollständigkeit halber sei hier auf die nicht aus der Luft gegriffene Vermutung hingewiesen, daß Rusts 2. Frau jüdischer Abstammung gewesen sei." (S. 46)

Obgleich von führenden ns-Größen als führungsschwach beurteilt, was u.a. auch auf Folgen einer Kopfverletzung aus dem Ersten Weltkrieg zurückgeführt wurde, behielt Rust seinen Posten bis Kriegsende. Im Mai 1945 hat er in einem Flensburger Sanatorium seinem Leben durch Erschießen ein Ende gesetzt.

Einschneidende neue Gesetze

Bestimmte § 4 des NSDAP-Programms:

"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession",

so fand sich diese Auffassung nach Machtübernahme der NSDAP alsbald in zahlreichen Reichsgesetzen, Erlassen und Verordnungen wieder.

Das vom Reichstag mit überwältigender Mehrheit am 23.3.1933 angenommene "Ermächtigungsgesetz" -- "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" -- ermöglichte der Reichsregierung, ohne die Weimarer Verfassung formal außer Kraft zu setzen, Reichsgesetze ohne parlamentarische Debatten und Abstimmungen zu beschließen. War auch dieses Ermächtigungsgesetz zeitlich auf 4 Jahre befristet und die Einrichtung des Reichstages sowie des Reichsrates nicht antastbar, so haben sich hiermit doch die die Weimarer Republik tragenden Parteien selbst ausgeschaltet. Für das Ausmaß der Not des Volkes bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß diesem Ermächtigungsgesetz 2 Notverordnungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 4.2.1933 (zum Schutz des deutschen Volkes) und vom 28.2.1933 (zum Schutz von Volk und Staat) nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vorangegangen waren, die bereits zahlreiche Verfassungsrechte "bis auf weiteres" außer Kraft gesetzt hatten. Das Regieren mit Notverordnungen war schon Dauerzustand unter Reichskanzler Heinrich Brüning und wiederholt auch seiner Vorgänger.

Weitere Gesetze setzten auch dem deutschen Erziehungswesen richtunggebende Markierungen:

a) das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (RGBl 1933 I, S. 175) vom 7.4.1933,

b) das "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" vom 25.4.1933,

c) das "Reichsbürgergesetz" vom 15.9.1935 (RGBl. I S. 1146) mit seiner Verordnung vom 14.11.1935 (RGBl. I S. 1333). Hiernach galt als Reichsbürger, wer deutschen oder artverwandten Blutes war. Allein dieser war Träger der vollen politischen Rechte (Wahlrecht, Recht auf Bekleidung öffentlicher Ämter). Von ihm wurde der deutsche Staatsangehörige unterschieden, der dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehörte und von politischen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen wurde.

d) das "Deutsche Beamtengesetz" vom 26.1.1937.

Zu a): Im Schulbereich hat dieses Gesetz die beamteten jüdischen Lehrerinnen und Lehrer an deutschen Schulen betroffen, kaum solche an jüdischen Schulen. Die Beamten wurden von ihrem Dienst suspendiert, erhielten jedoch ihre Pensionen auch ins Ausland ausgezahlt. -- Frühzeitiger Ruhestand ist selbst heute noch gang und gäbe, ohne daß dies "die Öffentlichkeit" zu irgendwelchen Reaktionen veranlaßt.

Die Schulpflicht für jüdische Schüler war hiervon nicht eingeschränkt worden. Die Zahl der beschulten jüdischen Kinder konnte ungehindert vergrößert werden. (S. 105) Im Hinblick auf die 1,5%-Beschränkung der Oberschüler (Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25.4.1933) hatten die jüdischen Direktoren jedoch genügend Anhaltspunkte, seitens der Schulbehörden bei Umgehung von formalen Schwierigkeiten unterstützt zu werden und ihre Oberschülerzahl durchziehen zu können. (S. 106)

"Noch Anfang 1934 glaubten die jüdischen Direktoren, sich durch das Wirrwarr der verschiedenen selbständig vorgehenden Instanzen (Reich, Länder, Kommunen) erfolgreich hindurchschlängeln zu können, wobei sie auf die mehr oder weniger bewußte Hilfe der Schulbehörden rechnen durften.

In Hamburg erfuhr Spier von dem wohlwollenden Schulrat Oberdörffer, daß in nächster Zeit keine Besprechung zwischen dem Reich und den Ländern über den Status der neuen Sexta an den jüdischen höheren Schulen vorgesehen sei. In Köln versicherte Schulrat Jungblüth Direktor Klibansky, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Lehranstalten aufzuheben, und Niessen schließlich teilte den Vertretern der Reichsvertretung vertraulich mit, daß die jüdischen höheren Schulen ihre Schülerzahl beibehalten dürften. Angesichts dieser unklaren und verworrenen Situation -- nur in Berlin mit ihrer einzigen vollausgebauten höheren jüdischen Schule der »Adass Jisroel« bestätigte die Regierung die Eröffnung einer neuen Sexta an der jüdischen Mittelschule schon im Februar 1934 -- begannen Landesverbände, Direktoren und einzelne Funktionäre eigenmächtig zu handeln, ohne ihre Bemühungen bei den

Regierungsbehörden miteinander abzustimmen." (S. 106)

Ein Erlaß Rusts vom 5.3.1935 an die Oberpräsidenten hat dies ebenfalls für 1935/36 zugesichert, was auch in der Praxis eingehalten wurde. (S. 108)

"Das Erziehungsministerium ging in seiner liberalen Politik zweifellos von der Überlegung aus, daß, solange noch nahezu 10.000 jüdische Schüler die deutschen höheren Schulen bevölkerten, der Fortbestand der jüdischen höheren Lehranstalten -- die bisher noch nicht einmal 4.000 Schüler umfaßten -- unbedingt notwendig sei. Um den erwünschten Übergang vom deutschen ins jüdische Schulwesen zu erleichtern, hob der Minister auch die Anfang 1935 erlassenen Beschränkungen bezüglich der Reifeprüfungen an jüdischen Lehranstalten auf." (S. 109)

Anders gestaltete sich die Situation an den deutschen Universitäten: Studierten auf den deutschen Hochschulen im Jahr 1932 = 4.382 jüdische Studenten, so 1933 nur noch 812, *"was genau dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung Deutschlands (0,8%) entsprach"* (S. 108). 1934/35 seien Neueinschreibungen nicht mehr erfolgt.

Zu b): Dieses Gesetz veränderte für die Volksschulen nichts, legte indes einen numerus clausus von 1,5% nichtarischer Schüler und Hochschüler an deutschen Universitäten fest, der prozentual dem Bevölkerungsanteil entsprechen sollte. Auch hierbei wurden jüdische Frontkämpfer und Halbjuden sowie Ausländer nicht mit angerechnet.

Bis 1935 waren in Deutschland mehr als 300 Hochschullehrer entlassen oder versetzt worden. Die medizinische Akademie in Düsseldorf büßte 50% ihrer Lehrkräfte ein, die Universität Berlin 32%, in Heidelberg 24%, in Breslau 22%.[61] Dies heißt zwar nicht, daß es sich hierbei ausschließlich um Juden gehandelt habe. Es betraf politisch exponierte Kräfte allgemein, die den bisherigen Kampf gegen die NSDAP unterstützt hatten. Wie Joseph Walk eingesteht, waren es vornehmlich die Studenten selbst, die dies durchgezwungen haben, ähnlich wie dies noch in der Gegenwart zur täglichen Übung der Studentenschaft gehört: "demokratischer Willensprozeß".

Welcher Staat beläßt schon Angehörige feindlicher Staaten, Glaubens- oder Rassegemeinschaften in seinen führenden Stellungen? Im Vergleich zur Gesamtzahl der Hochschullehrer eines 65 Millionen-Volkes waren 300 relativ wenig. Die genannten Prozente freilich sagen ohne Vergleich mit den absoluten Zahlen wenig aus. Eine jüdische Quelle mag hierzu Auskunft geben:

"Über 120 festgestellten jüdischen Ordinarien steht eine wohl größere Zahl von jüdischen Nichtordinarien gegenüber. Dazu muß erklärend bemerkt werden, daß die Zahl der Nichtordinarien schon deshalb überwiegen dürfte, weil z.B. viele Ärzte berechtigt waren, auf Grund ihrer wissenschaftlichen Forschungen und Leistungen an Krankenhäusern, Kliniken und Versuchsanstalten den Professortitel zu führen. ...

58 Ordinarien waren an den philosophischen Fakultäten, 41 in den rechts- und staatswissenschaftlichen und 23 in den medizinischen tätig. ...

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1930 lag die Gesamtzahl der Ordinarien an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen bei über 2.000, die der anderen Professoren usw., d.h. Nichtordinarien, bei etwas über 3.000. Somit geht man nicht fehl in der Annahme, daß der Anteil der jüdischen akademischen Lehrkräfte an jeder der beiden Kategorien nahezu 6% betragen haben dürfte." [62]

Veranschaulichen wir uns diese Zahlen noch einmal: **Von 2.000 - 5.000 Ordinarien waren 2 Jahre nach der Machtergreifung durch die NSDAP 300 entlassen worden oder waren von selbst gegangen. Dies freilich waren nicht etwa ausschließlich Juden.** Und diese geringe Zahl angesichts des Eingeständnisses von Prof. Leibowitz von der Hebräischen Universität Jerusalem:

"'Aber ihr (der Juden in Deutschland) Anteil am Universitätswesen war sehr hoch, und das Theater, das Zeitungswesen u.ä. -- das waren fast alles »jüdische Angelegenheiten«.

*Das **Berliner Tageblatt** war die wichtigste deutsche Zeitung, danach kam die **Vossische Zeitung**. Die erste gehörte Mosse, die zweite Ullstein; beide waren Juden, und auch der Redakteur des **Vorwärts** -- der führenden sozialdemokratischen Zeitung -- war Jude. Wenn die Deutschen von der »Judenpresse« sprachen, war das durchaus richtig in bezug auf Berlin und Frankfurt, nicht jedoch in bezug auf die Provinz. ...'*

Gab es unter den Studenten der Universitäten Handgemenge?

'Nein. Davon hörte man niemals. Selbst nicht, nachdem Hitler die Macht erhalten hatte.'

Grete Leibowitz:

'Die Deutschen unterschieden zwischen deutschen Juden und Ost-Juden. Das war anfänglich die Art der nazistischen Gesetzgebung. In den ersten Jahren des Hitlerregimes rührte man die Juden nur gesetzlich, aber weder physisch noch wirtschaftlich an. Die Juden wurden langsam aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen.'" [63]

Im wesentlichen geht es bei der Urteilsschelte der Reichsregierung um diese Personengruppe. Ein Austausch der politischen Führungskader ist bei einem parteipolitischen Machtwechsel in jeder Demokratie üblich. Jeder, der sich in das politische Operationsfeld begibt, hat allerorten mit diesem Berufsrisiko zu leben.

Von den Positionsverlusten, die die Novemberrevolution 1918 und die Inflation 1922/1923 in Deutschland für Hunderttausende, ja Millionen Deutsche zur Folge hatte, spricht niemand, ja man kann dieses Elend gar nicht in Zahlen fassen, da es das ganze deutsche Volk in Mitleidenschaft gezogen hat. Von den existenzvernichtenden Maßnahmen der Polen und Tschechen gegen die Volksdeutschen in ihrem Herrschaftsbereich -- Millionen Schicksale waren davon betroffen --, schweigt man sich ebenfalls beharrlich aus. Als ob es nur jüdisches Leid in der Welt gäbe!

Die seinerzeit geschaffenen Verhältnisse jedoch wa-

61) Prof. Dr. Herbert Michaelis + Prof. Dr. Ernst Schraepler, "Ursachen und Folgen - Vom deutschen Zusammenbruch 1918 + 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart", Berlin 1972, Bd. 9, S. 443.

62) Werner Mosse / Arnold Paucker, "Entscheidungsjahr 1932 -- Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik", Tübingen 1966, Leo Baeck Institut, S. 76, 78 - 79.

63) Y. Leibowitz, "Gespräche über Gott und die Welt", Frankfurt/M 1990, S. 93 + 95.

Der Reichs- und Preußische
Minister des Innern.

Berlin, den 20. Aug. 1935
NW 40, Königsplatz 6.

III P 3710/59. Geheim!

Betrifft: Verhinderung von Ausschreitungen.

Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben.

Wer hiernach noch an Einzelaktionen gegen Juden teilnimmt oder dazu anstiftet, muß in Zukunft als Provokateur, Rebell und Staatsfeind betrachtet werden. Ich ersuche daher, von nun an rücksichtslos gegen alle derartigen Aktionen vorzugehen und mit allen Mitteln für unbedingte Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Ungesetzlichkeiten sind erforderlichenfalls mit den schärfsten polizeilichen Mitteln zu verhindern. Insbesondere dürfen strafbare Handlungen der Sachbeschädigung, der Körperverletzung, der Nötigung, des Haus- und Landfriedensbruchs und der Zusammenrottung unter keinen Umständen geduldet werden, gleichviel gegen wen diese Straftaten sich richten.

Wenn trotzdem noch Ausschreitungen vorkommen, ersuche ich, mir sofort telefonisch oder telegraphisch zu berichten. Ich werde jede Lässigkeit verantwortlicher Beamten bei der Durchführung dieses Erlasses aufs schärfste dienststrafrechtlich ahnden.

gez. Frick.
An die Landesregierungen.
An die Herren Regierungspräsidenten.[64]

ren der Nährboden für die späteren Ereignisse. In der Personalpolitik wurden jahrzehntelang jene Kräfte bevorzugt, denen schon vom Herkommen her der gewünschte Nestgeruch anhaftete. Erfüllungspolitik gegenüber dem Willen der Versailler Internationalen und Unfähigkeit gegenüber oder gar heimliche Solidarität mit den Weltrevolutionären aus dem Osten -- beides implizierte die permanente Entwürdigung und Schädigung des deutschen Volkes -- kennzeichneten die Weimarer Republik!

Auch ein beachtlicher Teil der genannten Ordinarien hatte sich hierfür exponiert, übte Schrittmacherfunktion aus, ähnlich wie das im gegenwärtigen Deutschland verstärkt geschieht. Politik wird bekanntlich nicht nur von Parlament, Regierung, Parteien und Presse her gestaltet, sondern auch von den akademischen Kathedern und den akademischen Schreibtischtätern.

Doch wer die Schuldvorwürfe ausschließlich immer wieder gegen die Reichsregierung erhebt, sollte die Maßnahmen gegenüberstellen, die die Alliierten in West und Ost angewendet haben, als **sie** in Deutschland (1945) "die Macht ergriffen haben": Nach mehrjähriger Kriegführung gegen Frauen und Kinder und gnadenloser Zerstörung der jahrhundertealten deutschen Städtekultur folgte die Rechtlosstellung aller deutschen Menschen. Sie fand ihren Ausdruck in millionenfachem Massenmord, Vertreibung aus den östlichen Heimatprovinzen, Raub, Vergewaltigung im geduldeten, ja geförderten Massenmaßstab -- zumindest im Osten Deutschlands --, dem "Automatic Arrest" für alle irgendwie in der Öffentlichkeit tätig gewesenen deutschen Männer und Frauen mit Hunderttausenden von Opfern, bis zu 10jähriger Kriegsgefangenschaft bei Millionen Opfern der wehrfähigen Generation und schließlich in jahrzehntelangen einseitigen politischen Prozessen mit in die Hunderttausende dabei vernichteten Existenzen. Zusätzlich ist das aufzuführen, was uns Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl von der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg bescheinigt:

"Nach dem Abschluß der Tätigkeit der Spruchkammern und Spruchgerichte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre konnte man wohl darauf hinweisen, daß allein in den 3 westlichen Besatzungszonen mehr als 1½ Millionen Menschen mit Sanktionen verschiedener Art, von der Geldbuße bis hin zum mehrjährigen Freiheitsentzug belegt worden waren." [65]

Und dies war erst der Anfang einer gleichgerichteten 50jährigen Prozeßlawine und Bußverpflichtung für das ganze deutsche Volk! Über sämtliche gehobenen Berufe verfügten ausschließlich die Sieger. Bei ihren Lizenzträgern hatten nur Gleichgesinnte eine Chance.

Es ist gewiß angemessen, darauf hinzuweisen, daß der langjährige Rachefeldzug gegen die 80 Millionen Deutschen ausgerechnet von Angehörigen und Organisationen jenes Volkes initiiert und in die Praxis umgesetzt worden ist, die bereits die Amtsenthebung von einigen hundert ihrer Angehörigen angesichts einer politischen Umwälzung in Deutschland zwecks Überwindung von Wirtschaftschaos und Bürgerkrieg als *"für die Zivilisation unerträglich"* ausgaben und mit Boykott, Kriegserklärung und kompromißlosem Vernichtungswillen beantworteten.[66] Führenden Männern des Jüdischen Weltkon-

64) Bundesarchiv Koblenz R 58/276. -- Vom Regierungspräsidenten in Lüneburg, datiert am 24.8.1935 (I Pol.56.Geheim 31) liegt uns ein Faksimile dieses Dokumentes vor, das alle Ortspolizeibehörden im Bezirk auffordert, über etwaige Ausschreitungen sofort telefonisch oder telegrafisch zu berichten.

65) Adalbert Rückerl, "NS-Verbrechen vor Gericht", Heidelberg 1982, S. 120. -- Die verharmlosend als "Geldbußen" gekennzeichneten Urteile bedeuteten in vielen Fällen totale Enteignung, was in der sowjetischen Besatzungszone ohnehin üblich war!

66) Vgl. ***HT*** Nr. 54 + jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933 in ***HT*** Nr. 39 S. 40. -- Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/ M 1976, S. 166:
"Während des Krieges hatte der Jüdische Weltkongreß ein Institut für jüdische Angelegenheiten geschaffen, dessen Sitz heute in London ist. Seine Leiter waren zwei bedeutende litauische Juden, Jacob und Nehemiah Robinson. Nach ihren Plänen wurden zwei absolut revolutionäre Ideen entwickelt: das Nürnberger Gericht und die deutsche Wiedergutmachung."
+ "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 358 ff.
+ "Mein Leben -- USA - Europa - Israel", München - Wien 1981, S. 141 + 143.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern

Berlin, den 21. April 1936
SW 40 Königsplatz 6

A 5831/5012
An die Reichsstatthalter,
den Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes,
die Landesregierungen,
die Oberpräsidenten,
den Staatskommissar der Hauptstadt Berlin und
die Regierungspräsidenten mit Überdrucken für die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden,
(für Preußen: die Landräte, für Bayern: die Vorstände der Bezirksämter usw.)
Im nachfolgenden gebe ich eine Verfügung des Reichsministers der Justiz an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln zur Kenntnis.
Im Auftrag gez. Dr. Stuckart.

Reichsminister der Justiz
Nr. IV b 3493

Berlin W 8, den 14. März 1936
Wilhelmstr. 65

An
den Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln.
Betrifft: Grundstückserwerb durch Juden.

Zu dem dortigen Vorgang vom 13. Dezember 1935 -- IV 23/579 -- teile ich Ihnen, Herr Oberlandesgerichtspräsident, im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister des Innern folgendes mit:

Die Nürnberger Gesetzgebung hat die Judenfrage -- abgesehen von der Mischlingsfrage -- nur in staats- und eherechtlicher Hinsicht geordnet. Das Wirtschaftsrecht der Juden ist vorläufig gesetzlich noch nicht geregelt. Auch diese Regelung bleibt der obersten Staatsführung vorbehalten, so wie allein diese befugt war, die staats- und eherechtliche Seite des Problems zu ordnen. Es kann nicht Aufgabe einzelner Stellen im Lande sein, der obersten Staatsführung die Lösung dieses Teils der Judenfrage vorwegzunehmen. Die wirtschaftliche Betätigung der Juden richtet sich allein nach den bestehenden Gesetzen. Da diese eine Beschränkung beim Erwerb von Grundeigentum durch Juden nicht vorsehen, ist keine Rechtsgrundlage vorhanden, die Veräußerung eines Grundstücks als verboten oder nichtig anzusehen, weil der Erwerber Jude ist.
Die Land- und Amtsgerichte und die Notare Ihres Bezirks ersuche ich zu benachrichtigen.
gez. Dr. Gürtner [67]

---

gresses war frühzeitig bekannt, daß Hitler selbst gar nicht die treibende Kraft des Antisemitismus in Deutschland gewesen war, sondern er sich sogar darum bemühte, freiwillige Demissionen qualifizierter Juden rückgängig zu machen und Härtefälle anderer auszugleichen.[68]

Vor dem Forum eines internationalen Kongresses gleichgesinnter Antifaschisten erklärte **Saul Friedländer** (Tel Aviv) im Mai 1984 in Stuttgart rückblickend das Gleiche: die verhärteten antisemitischen Strömungen in Deutschland sind nicht von Adolf Hitler selbst ausgegangen:

"Daß die antijüdischen Aktionen im Frühjahr 1933, im Frühjahr und Sommer 1935 und im November 1938 ein Ventil für Radikale in der Partei waren, ist gut belegt. Aber wurde dieses Ventil von der Führung bestätigt, die Ausbrüche von Hitler gefördert? Die Quellen scheinen das Gegenteil zu belegen: 1933 widersetzte sich Hitler bei der Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und besonders bei ihrer Entfernung aus den juristischen Berufen den Forderungen der Radikalen und sprach sich für die zurückhaltenderen Vorschläge des Justizministeriums aus.

Die Nürnberger Gesetze von 1935 wurden u.a. erlassen, um der Agitation der Radikalen ein Ende zu bereiten. In seiner Rede vom 29. April 1937 vor Kreisleitern der Partei in der Ordensburg Vogelsang warnte Hitler die Radikalen davor, in der Judenfrage Schritte von ihm zu verlangen, die nicht sorgfältig geplant seien." [69]

Doch nicht nur dieser Kontrastvergleich sollte von den Eiferern in Humanismus bedacht werden, sondern auch die Tatsache, daß die jüdische Kriegserklärung gegen Deutschland (nicht gegen Hitler!) schon **v o r** den genannten Entlassungen von 300 Ordinarien verkündet worden war. Welches Verhalten konnten solche Kriegserklärer denn von einem souveränen Deutschland erwarten? Wer eigentlich setzt die Maßstäbe für die Beurteilung dieser und jener Ereignisse? Sachlichkeit und Ehrlichkeit ist schon beim Setzen dieser Maßstäbe gefordert!

Angesichts der 1933 vorliegenden Sachlage mutet es geradezu erstaunlich an, daß angesichts des 30. Januar und als Folge des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März und der jüdischen Kriegserklärung vom 24. März nicht viel mehr passiert ist, was jeder Historiker allein schon als Folge von Revolutionen zu verurteilen gewohnt ist.

So verwundert es sogar, daß selbst noch bis Ende 1938 Heißsporne innerhalb der ns-Partei, die einen getrennten Volks- und Oberschulunterricht für Deutsche und Juden forderten, stets mit dem Argument zurechtgewiesen worden waren, daß *"die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen der gesetzlichen Grundlage entbehrten, solange ein entsprechendes Reichsgesetz ausstehe* (S. 51 - 52), es jedoch empfehlenswert sei, die Einrichtung öffentlicher oder privater jüdischer Bekenntnisschulen zu beantragen, wobei sich die Gemeinden allerdings darüber im klaren sein müßten, daß sie die zusätzlichen Mittel aus öffentlichen Geldern zu bestreiten hätten.

Obgleich sich dann bis Ende 1938 die Gesetzeslage nicht weiter geändert hatte, ergaben sich in der Praxis freilich Benachteiligungen der Juden seitens der unteren Verwaltungsbehörden. Diese betrafen Beschwernisse bei

67) Bundesarchiv Koblenz, R 58/276.
68) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude" aaO. S. 102.
69) Eberhard Jäckel / Jürgen Rohwer (Hrsg.), "Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg", Stuttgart 1985, S. 38.